

*„Da war irgendwo ein wildgewordener  
Gauleiter in Baden, der in Nullkommanichts  
seine Juden los sein wollte.“* (Eichmann über Gauleiter Wagner)

## Ein Beitrag zu Adolf Eichmanns Rolle bei der Deportierung der jüdischen Mitbürger im deutschen Südwesten am 22. Oktober 1940<sup>1</sup>

MANFRED HILLER

### *Vorbemerkung*

Bei den Großdeportationen der südwestdeutschen jüdischen Bevölkerung durch die NS-Gauleiter Adolf Wagner und Josef Bürckel vom 22. Oktober 1940 handelte es sich um terminlich koordinierte, aber separate Abschiebungs-Aktionen. Dies zeigt sich deutlich auch an der unterschiedlichen Durchführung der Transporte. Gemeinsam hatten sie das Ziel Südfrankreich, worüber in Mannheim sogar offiziell und schon am frühen Morgen durch den Gestapo-Chef informiert wurde. Auch der Gestapo-Referent „für Judensachen“ Philipp Haas gab in Karlsruhe diese Auskunft und fügte, vielleicht zur eigenen Beruhigung, hinzu, „die Fahrt gehe nach dem Süden, in ein warmes Land“.<sup>2</sup>

Dass die Massenvertreibung rücksichtslos und zynisch auf das jüdische Fest „Sukkot“ gelegt wurde, könnte Anlass geben, dahinter eine besonders böartige Schikane des Antisemitismus zu vermuten. Als Erklärung bietet sich aber auch der Umstand an, dass die Kinder schulfrei hatten und nicht aufsehenerregend aus den Schulen abgeholt zu werden brauchten. Da zudem in einigen Betrieben in Mannheim und Karlsruhe –

1 Die kenntnisreiche Dissertation von Gerhard J. Teschner enthält viele gründlich recherchierte Fakten [*Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden am 22. Oktober 1940, Ffm. 2002*]. Durch die Einbeziehung von Eichmanns Aussagen komme ich allerdings in einigen wesentlichen Fragen zu anderen bzw. genaueren Ergebnissen.

Daneben sind noch zu nennen: Paul Sauer (Hrsg.), *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das NS-Regime, Bd. II*, Stuttgart 1966; Jacob Toury, *Die Entstehungsgeschichte des Austreibungsbefehls gegen die Juden der Saarpfalz und Badens (22./23. Oktober 1940 – Camp de Gurs)*, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte (Univ. Tel Aviv)*, hg. W. Grab, Bd. 15, 1986, S. 431–464; für Karlsruhe mit reichem Quellenmaterial: Josef Werner, *Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich*, Karlsruhe 1988<sup>2</sup>; Jürgen Stude, *Geschichte der Juden im Landkreis Karlsruhe, Ubstadt-Weiher 1997*; Christian Eggers, *Unerwünschte Ausländer. Juden aus Deutschland und Mitteleuropa in französischen Internierungslagern 1940–1942*, Berlin 2002; Ernst Otto Bräunche/Volker Steck (Hg.), *Geschichte und Erinnerungskultur. Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden in das Lager Gurs, Karlsruhe 2010* (Lindemanns Bibliothek, Bd. 116); Katja Limbächer (Landeszentrale für politische Bildung BW), „Ich weiß nicht, ob wir nochmals schreiben können“. Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden in das Internierungslager Gurs in den Pyrenäen. *Materialien*, Stuttgart 2010; Landeszentrale für politische Bildung BW (Hg.), „Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“. Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940, Stuttgart 2020.

2 Werner, S. 311. Die letzte Sekretärin der jüdischen Gemeinde, Else Kotkowski, die Haas kannte, fragte diesen besorgt, ob es nach Polen gehe; darauf habe er die zitierte Antwort gegeben.

wohl auch in anderen Städten<sup>3</sup> – die jüdischen Mitarbeiter für den folgenden Tag abgemeldet wurden, erklärt sich die Wahl des Dienstags für die Aktion. Andererseits zeigt nichts besser die rabiante Entschlossenheit der Gauleiter, mit unerbittlicher Konsequenz niemanden entkommen zu lassen.

Dass in „bestehender“ Mischehe Lebende (als einzige Ausnahme außer den nicht Transportfähigen) nicht deportiert werden sollten, hatte teils ideologische, teils sozialpolitische Gründe. Dennoch wurden Weltkriegsveteranen, sonst immer noch respektiert, nach dem Willen der Gauleiter nicht verschont. Der gut informierte Autor eines nach meiner Einschätzung polizeilichen Berichts aus Karlsruhe konstatiert missbilligend: „Auch Männer, die als Frontkämpfer und zum Teil als Offiziere der alten Wehrmacht am Weltkrieg 1914 – 1918 auf deutscher Seite teilgenommen haben, mußten verschickt werden“. Gleichermaßen distanziert schreibt er über die „Eva-kuierung“ der Altersheime in Mannheim, Karlsruhe, Ludwigshafen usw.: „Frauen und Männer, die nicht zu gehen imstande waren, wurden befehlsgemäß auf Tragbahnen zu den Eisenbahnzügen transportiert“. Der älteste Deportierte sei „ein 97-jähriger Mann aus Karlsruhe“ gewesen.<sup>4</sup> Dass es auch anders ging, erfahren wir aus dem Bericht der damals 13-jährigen Hanna Meyer-Moses, deren Vater Nathan „als Rechtsanwalt und ‚Leiter des Palästina-Amtes für das Land Baden‘“ den Gestapo-Leuten bekannt war, die „sich verhältnismäßig höflich verhielten“. Nathan

3 Im Bericht des Toulouser Rabbi René Kapel vom 12.11.40 [s. Anm. 17], der sich in Gurs informieren konnte, heißt es pauschal: „Le 21 octobre en soir, tous les ouvriers juifs de Bade, du Palatinat et de la Sarre furent informés qu'ils n'avaient plus à se présenter le lendemain au travail“.

4 „Bericht über Verschickung von Juden deutscher Staatsangehörigkeit nach Südfrankreich Karlsruhe i. B., den 30. Oktober 1940“ [zit. nach Sauer, Dok. 441, S. 242f. – Hervorh. MH]. Zur Einschätzung dieser außergewöhnlichen und hier neu ausgewerteten Quelle [im Folgenden „Karlsruher Bericht“] s. u.

Moses hätte wegen einer Gehbehinderung zurückbleiben können, entschied sich aber mitzufahren. Die Gestapo brachte ihn, „vermutlich als Vergünstigung gedacht“, mit dem Gepäck im Auto zum Bahnhof. Man sorgte auch dafür, dass die Familie reichlich Proviant mitnahm.<sup>5</sup>

Der „Karlsruher Bericht“ ist neben Eichmanns noch zu besprechenden Äußerungen über Wagner ein weiterer Beleg für die These, dass die beiden Gauleiter die treibende Kraft für die Oktober-40-Deportationen waren. Nach dem sichtlich auf internen Informationen basierenden Kenntnisstand lässt sich das Dokument am ehesten der Karlsruher Gestapo-Zentrale zuordnen. Die deutlich reservierte Haltung entspricht der des eingangs erwähnten früheren Kriminalsekretärs Philipp Haas, der auch wegen seiner speziellen Funktion als Verfasser in Frage kommt. Für die Gestapo galt die von Eichmann oft wiederholte Parole Himmlers, unnötige Härten seien zu vermeiden. In der Praxis des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) stand der Respekt vor soldatischer Bewährung höher als die Ambitionen eines Gauleiters. Doch habe man, so der durchgängige Tenor des Berichts fast entschuldigend, deren Befehle ausführen müssen, die auch keine „Rücksicht auf Alter und Geschlecht“ erlaubt hätten.

Die geläufige Benennung der Oktober-40-Deportierungen nach dem „Camp de Gurs“ erweckt den unzutreffenden Eindruck, dieses Internierungslager sei schon von vornherein der vorgesehene Zielort gewesen. Das war er auch dann noch nicht, als die im unbesetzten Teil Frankreichs amtierende Pétain-Regierung gezwungenermaßen daranging, für eine Unterbringung zu sorgen. Aus mehreren Aufzeichnungen ergibt sich der Eindruck chaotischer Improvisation: „Wir ... sollten nach dem mittelländischen Meer kommen“, schreibt die Pfälzerin Hilda Strauß,

5 Hanna Meyer-Moses [s. Anm. 17], S. 30.

geb. Mann, in einem Brief, „da aber dorten so große Überschwemmung herrschte, ging es wieder zurück mit uns“.<sup>6</sup> Das ursprünglich vorgesehene Lager dürfte, wie die recht genauen Aufzeichnungen von Ida Loeb aus Mutterstadt bestätigen,<sup>7</sup> das Strandlager St. Cyprien südöstlich von Perpignan gewesen sein, auch dieses nur eine vorläufige Lösung.

In der Literatur wird mehrfach der spektakuläre Auftritt erwähnt, den der Gestapo-Judenreferent im Reichssicherheitshauptamt (RSHA), Adolf Eichmann, bei der Überleitung der Züge an der Grenze zum „freien“ Frankreich hatte. Sein Einsatz, das wird dabei übersehen, beschränkte sich auf die sieben badischen Züge, die – mit französischen Abteilwagen – von der Reichsbahn geliefert worden waren. Fünf dieser Züge starteten in Mannheim. Für die 905 Karlsruher Juden wurde ein eigener Zug bereitgestellt; z. T. wurden sie auch in Mannheimer Zügen untergebracht.<sup>8</sup> Ab Singen a. H. fuhr ein Zug, in den die Konstanzer umstiegen, die von dort mit dem Zug befördert worden waren. Eichmann war seit Anfang 1940 innerhalb des RSHA für die Anforderung von ‚rollendem Material‘ bei Zwangsumsiedlungen zuständig, ein unauffälliger Meilenstein seiner Karriere als künftiger Deportationsspezialist. Die Fahrpläne wurden

6 Zit. nach Roland Paul, Die Deportation aus der Pfalz nach Gurs, in: Bräunche/Steck, Karlsruhe 2010, S. 30. Hilda Strauß schreibt von einer „langen Irrfahrt von 4 Tagen und Nächten“ nach Gurs. Ihr Zug, der in Kaiserslautern abgefahren war, dürfte der letzte der Oktober-40-Transporte gewesen sein, der in Oloron-Ste-Marie eintraf.

7 „Fahrt bis Perpignan, da Überschwemmung fahren wir wieder zurück. In Cette [Sète] am Bahnhof können Klosett besuchen und uns etwas waschen“ [zit. nach: <http://judeninmutterstadt.org/5-4-1-drei-mutterstadter-schicksale-ida-lob-emil-und-chana-dellheim/> – letzter Aufruf 13.06.22]. Ida Loeb fuhr mit dem anderen Pfälzer Zug, der in Ludwigshafen bereitgestellt worden war.

8 Diese Zahlenangabe nach Werner, S. 313. Einige Wochen später seien noch 40 Karlsruher mit einem kleinen Transport nach Gurs gebracht worden. Else Kotkowski spricht von nur einem – sehr langen – Zug [Werner, S. 317]; Hanna Meyer-Moses [s. Anm. 17], S. 31, berichtet, sie seien „im Laufe des Nachmittags ... auf die Züge verteilt“ worden.

von seinem Verbindungsmann zur Reichsbahn, Franz Novak, aufgrund der örtlichen Gestapo-Listen detailliert ausgehandelt.<sup>9</sup>

Die beiden aus der Pfalz abgehenden Züge dagegen stellte die französische Staatsbahn SNCF, über die Bürckel als Zivilverwalter des besetzten Lothringen verfügen konnte. Zu ihm als saarpfälzischem Gauleiter und – bis April 1940 – Reichskommissar in Wien hatte Eichmann, auch wenn dies oft behauptet wird,<sup>10</sup> keine institutionelle oder persönliche Verbindung. In seiner Erinnerung kommen Bürckels Züge gar nicht vor.

Als Judenreferent des RSHA-Chefs Heydrich musste Eichmann sich danach allerdings mit konkurrierenden Instanzen auf der regionalen und der Reichs-Ebene auseinandersetzen. Die staatlichen Behörden, vor allem Außen- und Innenministerium, und ebenso die involvierten Partei-Stellen verfolgten unterschiedlich gelagerte Absichten und Interessen. In seinen Nachkriegsaussagen bringt Eichmann recht deutlich zum Ausdruck, was er von Gauleitern und von Einmischungen hielt, die seine Auswanderungs-Planungen störten.

Mein Beitrag befasst sich mit den Akteuren und, soweit es die Quellen ergeben, mit der Beteiligung der regionalen und örtlichen Gestapo-Stellen. Die von Eichmann und seinem Stellver-

9 SI, Bd. 18,7. Den nur unzulänglich erhaltenen Text des Sassen-Interviews [4-monatige Befragungen und Diskussionen mit Eichmann, die 1957 in Buenos Aires auf Band aufgenommen und transkribiert wurden – abgek. „SI“] zitiere ich nach Transkript-Kopien mit Angabe der Tonband-Nr. und der Transkript-Seitenzählung. Verwendet wurden Kopien aus den Bundesarchiven Koblenz [Nachlass Servatius, AllProz 6/95-109] und Ludwigsburg sowie dem Wiesenthal Archiv Wien. Zu Novak siehe: Kurt Pätzold/Erika Schwarz: „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof“. Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994.

10 Teschner [S. 95f.], der auch die Bezeichnung „Bürckel-Aktion“ verwendet, ist der irrigen Meinung, Bürckel sei in Wien 38/39 Eichmanns Vorgesetzter bei dessen Vertreibungs- und Umsiedlungsaktionen gewesen; diese Auffassung, für die es keine konkreten Anhaltspunkte gibt, wird auch sonst häufiger vertreten; s. dagegen: Hans Safrian, Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt/M. 1995, S. 40f.

treter Günther nachträglich verbreitete Behauptung, es habe ein Führerbefehl vorgelegen, wird von Eichmann selbst als bewusste Irreführung aufgedeckt.

Hinzu kommen neue Erkenntnisse über die Transport-Abläufe. Angesichts verschiedentlich falscher und widersprüchlicher Vorstellungen über die Zusammensetzung und Laufwege der Züge sah ich mich veranlasst, dies durch Heranziehung von Berichten aus den verschiedenen Regionen genauer zu klären.<sup>11</sup> Dadurch war es möglich, die unterschiedlichen Angaben über die Fahr- und Ankunftszeiten einigermaßen zu entwirren. Es stellte sich heraus, dass nicht alle, sondern nur die anfangs vorausfahrenden Pfälzer Züge kurz vor dem Ziel bei Perpignan umkehren und zurückfahren mussten. Inzwischen waren offenbar die badischen Züge nach Toulouse umdirigiert worden und warteten im Bereich des Güterbahnhofs auf die Pfälzer. Dort scheint erst die Entscheidung für Gurs im westlichen Pyrenäen-Vorland gefallen zu sein. Bür-

11 *Die wichtigsten mir zugänglichen Berichte sind:* Lili Reckendorf, „Wir gingen stumm und tränenlos“. Erinnerungen an die Deportation am 22.10.1940 von Freiburg nach Gurs, in: Manfred Bosch (Hg.), *Alemannisches Judentum. Spuren einer verlorenen Kultur*, Eggingen 2001, S.271–284; Oskar Althausen, *Die Deportation und Camp de Gurs überlebt*, in: *Oktoberdeportation 1940*, (hg. Erhard R. Wiehn), Konstanz, 1990, S.343–373; Bericht Hugo Schriesheimer, ebd. S.181–194; Bericht Eugen Neter über Camp de Gurs, in: Hans-Joachim Fliedner, *Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945*, Stuttgart u. a., 1991<sup>2</sup>, S.310 ff.; Ida Loeb, *Deportation nach Gurs aus Mutterstadt*, <http://judeninmutterstadt.org/5-4-1-drei-mutterstadter-schicksale-ida-lob-emil-und-chana-dellheim/> [letzter Aufruf 21.04.22]; Margot u. Hannelore Wicki-Schwarzschild, *Als Kinder Auschwitz entkommen*, hg. Erhard Roy Wiehn, Konstanz 2011; Hanna Meyer-Moses, *Reise in die Vergangenheit. Eine Überlebende des Lagers Gurs erinnert sich an die Verfolgung während der NS-Diktatur*, Ubstadt-Weiher u. a. (2009), 2019<sup>2</sup>; Berty Friesländer-Bloch, *Die Deportation der Gailinger Juden am 22. Oktober 1940. Ein Bericht*, in: Eckhardt Friedrich/Dagmar Schmieder (Hg.), *Die Gailinger Juden*, Konstanz 1981, S.111–121; Bericht René Kapel vom 12.11.1940, *Mémorial de la Shoah*, CXX-3; Hanna Schramm, *Menschen in Gurs. Erinnerungen an ein französisches Internierungslager (1940–1941)*, Worms 1977; *hinzu kommen noch Auszüge aus weiteren Berichten in:* (1) Ernst Otto Bräunche/Volker Steck; (2) Josef Werner; (3) Jürgen Stude [alle s. Anm. 7].

ckels Züge erreichten schließlich als Letzte den Bahnhof Oloron-Ste-Marie. Ein Mannheimer Zug kam dort als Erster an, seine Insassen wurden noch am selben Abend mit LKWs ins Lager Gurs gebracht. Oskar Althausen und Eugen Neter aus Mannheim datieren diese Ankunft auf den Abend des 24. Oktober. Die letzten LKW-Transporte trafen in Gurs im Lauf des 25.10. ein.

Otmar Weber aus Dahn verdanke ich den Hinweis, dass ein Pfälzer Zug – es muss der Ludwigshafener gewesen sein – zweimal Toulouse anfuhr. Das deckt sich mit dem Bericht von Friesländer-Bloch aus Gailingen in dem vermutlich zuletzt angekommenen badischen Zug, die von Überschwemmungen bei Lourdes berichtet („die sich bis auf die Bahngeleise ausbreitete[n]“), weshalb sie „eine grosse Strecke zurück“ fahren mussten, „wo wir zunächst wiederum stundenlang auf einem toten Geleise stehen mussten, bis eine Weiterfahrt möglich geworden war“.

Die „Konfusion auf französischer Seite“ (Althausen) zeigt eindrücklich, wie sehr die Vichy-Regierung durch diese eklatant vertragswidrigen Abschiebungen überfordert war und wie unrealistisch die Vorstellungen einiger deutscher Stellen waren, Frankreich könne die Deportierten im Land behalten und versorgen.

Mit Heinrich Grüber, dem Leiter der von der protestantischen Kirche eingerichteten „Hilfsstelle für nichtarische Christen“ in Berlin, möchte ich auf der anderen Seite einen bisher kaum gewürdigten Gegenspieler herausheben. Er hat sich tatkräftig um die Opfer gekümmert und wollte ihnen angesichts der katastrophalen Zustände im Lager Gurs auch selbst vor Ort Beistand leisten.

Bisher unbekannt ist, dass Grüber es war, der – als noch keiner der Züge die Demarkationslinie passiert hatte – die französische Seite alarmierte und so den entschiedenen Widerstand der Franzosen auslöste. Grüber fand den richtigen Adressaten, weil er durch seinen Freund

und Kollegen Hermann Maas über das Deportationsziel Südfrankreich verlässlich informiert war. Dass Eichmann Grüber ins Konzentrationslager einliefern ließ – mit der Begründung, er habe zum wiederholten Mal „fuer Juden interveniert“<sup>12</sup> –, bestätigt die Bedeutung dieser engagierten Einmischung. Falls weitere Abschiebungen, namentlich aus Hessen, geplant waren, ist es nicht zuletzt Grübers Verdienst, dass derartige Absichten undurchführbar wurden.<sup>13</sup>

Die Erkenntnisse über Eichmanns Beitrag ergeben sich aus bisher nur unzureichend ausgewerteten Quellen. Die beiden großen Nachkriegsbefragungen des 1950 in Argentinien untergetauchten und dort 1960 durch den israelischen Mossad aufgespürten SS-Obersturmbannführers „a. D.“ erweisen sich mit aller quellenkritischen Vorsicht als in vieler Hinsicht ergiebig:

- die israelische Polizei-Anhörung von 1960/1;
- die umfangreichen Auslassungen Eichmanns im argentinischen Exil von 1957, bekannt als „Sassen-Interview“. In diesem findet sich ein aufschlussreicher Hinweis über das Zustandekommen der bekannten, von Heydrich unterschriebenen und an das Auswärtige Amt gerichteten ‚Mitteilung‘ vom 29.10.40.

Dieser Heydrich/Eichmann-Bericht wird unten eingehend behandelt und am Ende als Reproduktion wiedergegeben.

12 So Eichmanns lakonische Begründung in seiner Anhörung durch den israelischen Polizeioffizier Avner Less [abgedruckt in: *State of Israel – Ministry of Justice, The Trial of Adolf Eichmann, Jerusalem 1995, Vol. 7 bzw. 8; abgek. „TAE“ – hier TAE 7, 1644*].

13 Nach dem „Karlsruher Bericht“ wurde wegen der „Bedenken“ der französischen Regierung „die in Aussicht genommene Verschickung der Juden aus Hessen zunächst aufgeschoben“ [Sauer, *Dok. 441, S. 242*].

## *Von einem Erfolg kann nicht die Rede sein*

Die Euphorie des Kriegserfolgs im Westen ließ im Sommer 1940 auch den NS-Bezirksfürsten den Kamm schwellen, die über die an Frankreich angrenzenden südwestdeutschen Gaue herrschten. Den Gauleitern von Baden und Saarpfalz war im Juni 1940 zusätzlich die Zivilverwaltung des Elsass bzw. Lothringens übertragen worden. Unverzüglich hatten sie sich daran gemacht, in großer Zahl missliebige Franzosen auszuweisen. Bereits vor dem Krieg Vertriebene wurden an der Rückkehr gehindert. Zugleich gelang es ihnen, die dortige jüdische Bevölkerung nach Frankreich abzuschieben. Unter 100.000 Elsässern, die bis Ende 1940 verbannt wurden, waren 22.000 Juden. In Lothringen veranlasste Bürckel in diesem Zeitraum die Abschiebung von 80.000 Menschen.<sup>14</sup>

Um ihre deutschen Gebiete – Baden, Pfalz und Saarland – ebenfalls ‚judenfrei‘ zu machen, sahen sie nun eine günstige Gelegenheit und glaubten, nach demselben Muster verfahren zu können. Unter der diskreten Regie der regionalen und örtlichen Gestapo-Stellen wurden mit großem Polizeiaufgebot am 22. Oktober alle auch nur einigermaßen transportfähigen und nicht unter Ausnahmeregelungen fallenden jüdischen Einwohner zu den Sammelstellen gebracht und in Züge gesetzt.

Über das Zustandekommen dieser Massenabschiebung und die Rolle der Gauleiter gibt der erwähnte „Karlsruher Bericht“ Auskunft, der im

14 Peter Longerich, Heinrich Himmler. Biographie, München 2008, S. 514f. Noch genauere, in der Größenordnung vergleichbare Zahlen nennt Christopher Browning [*Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, Berlin 2006, S. 143*]: „Aus dem Elsass wurden bis Mitte November 47.187 und aus Lothringen bis Dezember 23.790 Menschen (darunter 3.259 Juden) verschleppt. Weiteren 71.537 Menschen, die aus dem Elsass geflohen waren (darunter 17.875 Juden), verweigerte man die Rückkehr“.

Archiv des Außenministeriums gefunden und dessen Quellenwert bisher nach meiner Einschätzung fehlgedeutet wurde. Dieses in einiger Hinsicht außergewöhnliche Dokument hat die Form eines unmittelbar erstellten ersten Sachberichts über die „Verschickung“. Es hat keinen Adressaten und ist auch nicht namentlich gezeichnet. Als Handelnde werden die Gauleiter, auf deren „Antrag“ die Deportationen erfolgt seien, und die „Geheime Staatspolizei“ genannt. Wagner und Bürckel werden ausdrücklich als verantwortlich („zuständig“) bezeichnet.

Jacob Toury<sup>15</sup> schließt aus den Umständen der Überlieferung und der distanzierten Haltung, dass der Verfasser – obwohl gut informierter Insider – der Bekennenden Kirche nahe stehe. Doch das ist irreführend. Der Kenntnisstand und der dienstliche Berichtsstil lassen am ehesten auf einen Bericht der Karlsruher Gestapo-Führung an eine übergeordnete Instanz schließen. Der Autor ist selbst Akteur. Die verhalten kritische Kommentierung gilt nicht der Gesamtktion, sondern einigen Willkür-Entscheidungen der Gauleiter. Sonst wird der Ablauf sachlich und unkommentiert dargestellt. Allerdings gibt der letzte, augenscheinlich später hinzugekommene Absatz Aussagen wieder, die zwar ebenfalls auf internem Wissen beruhen, jedoch erklärtermaßen aus vorläufigen, ungesicherten Meldungen stammen. Diese sind entsprechend kritisch zu bewerten.<sup>16</sup>

15 Jacob Toury [Anm. 1], S. 453f.

16 Die Rede ist von „bisher vorliegenden Meldungen“, von „12 plombierten Eisenbahnzügen“, die „nach mehrtägiger Fahrt in südfranzösischen Konzentrationslagern am Fuß der Pyrenäen eingetroffen“ seien. Dort habe es „an Lebensmitteln und an geeigneter Unterbringungs-Möglichkeit für die hauptsächlich aus alten Männern und Frauen bestehenden Verschickten“ gefehlt. Dies sei der Grund, weshalb „von der französischen Regierung die Weiterleitung der Deportierten nach Madagaskar unmittelbar nach Öffnung der Seewege in Aussicht genommen“ werde [Sauer, Dok. 441, S. 243]. Haas war bei der Abfahrt des Karlsruher Zugs anwesend, wusste also, dass von Plombierung nicht die Rede sein konnte. Dieser letzte Absatz passt so wenig zum sonstigen Bericht, dass eine nachträgliche Ergänzung anzunehmen ist.

Die aufgeführten Zahlen sind erkennbar zu hoch, könnten aber, wie Toury erwägt, aus den vor der Aktion von der Gestapo erstellten Listen stammen. Die kritische Einstellung entspricht der des Karlsruher Gestapo-Referenten „für Judensachen“ Haas. Er war zwar wesentlich an der Durchführung der Abschiebung beteiligt, zeigt in dem Bericht aber ein gewisses Unrechtsbewusstsein. Karl Eisemann, der Leiter der Bezirksstelle Baden-Pfalz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, bescheinigt ihm einen „anständigen Charakter“. Er habe „manchen Wink gegeben“: „Immer wieder hat er Juden geholfen, hat die eine oder andere Maßnahme, soweit es in seiner Macht lag, gemildert.“ „In einer Art Kurzschlußhandlung“ habe er im April 1945 Selbstmord begangen.<sup>17</sup> In Stil und Perspektive entspricht der Bericht dem Mannheimer „Lagebericht“ der dortigen Staatsanwaltschaft vom 06.11.40, der die Aufzählung der Selbstmorde mit dem Satz einleitet: „Am 22. Oktober 1940 vormittags wurden in Mannheim durch die Geheime Staatspolizei die Juden weggeschafft“.<sup>18</sup> Diesen Bericht scheint der Karlsruher Autor zu kennen, wenn er zusammenfassend schreibt: „Allein in Mannheim sind bis Dienstag vormittag 8 Selbstmorde erfolgt, in Karlsruhe 3“.

Haas, und auch deshalb dürfte diese Zuschreibung berechtigt sein, konnte wissen, dass die Gauleiter einen „Antrag“ gestellt hatten, und dieser konnte nur an Himmler gerichtet gewesen sein. Dagegen war von einem Führerbefehl offenbar vor Ort in Karlsruhe nichts bekannt. Himmlers Mitwirkung und zugleich die Einbindung der Gestapo-Zentralen in den drei Gauen wird bestätigt durch eine Feststellung in einem weiteren Dokument aus dem Archiv des auswärtigen Amtes. Bei diesem handelt es sich um eine amtsinterne Aufzeichnung für den Chef der

17 Zit. nach Werner, S. 524, Anm. 37.

18 Hans-Joachim Fliedner, Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945, Stuttgart u. a., 1991<sup>2</sup>, S. 308.

AA-Abteilung Deutschland, Martin Luther. Ein Mitarbeiter von dessen Judenreferenten Franz Rademacher, Gerhard K. Todenhöfer, notiert darin: „Die Staatspolizeileitstellen in Karlsruhe, Neustadt a. d. H. und Saarbrücken hatten den Befehl des Reichsführers SS, diese Aktion im Geheimen vorzubereiten und durchzuführen“.<sup>19</sup>

Für Empörung und anhaltenden Widerstand auf französischer Seite sorgte nicht zuletzt die handstreichartige, mit recht plumpen Täuschungen operierende Einschleusung der Transporte in die unbesetzte Zone. Die in dem kleinen Kurstädtchen Vichy residierende Pétain-Regierung war unvorbereitet vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Bürckels Züge fuhren auf unterschiedlichen Routen. Der eine wurde von Ludwigshafen über Landau und Pirmasens und von dort über Sarreguémies, Sarrebourg und Lunéville geleitet, der zweite startete in Kaiserslautern und machte Halt in Forbach/Lothringen, wohin die Saarländer von der Sammelstelle Saarbrücken gebracht worden waren. Unter dem Vorwand, es handle sich um ausgewiesene Lothringer, passierten beide Züge – ob getrennt oder im Konvoi (ab Sarrebourg, wie Roland Paul in einem Vortrag für möglich hält?) – in Chalon-sur-Saône die Demarkationslinie. Nachdem durch eine plötzlich eingetretene und anhaltende Wetterkatastrophe die für einen bleibenden Aufenthalt ohnehin ungeeigneten Strandlager bei St. Cyprien unbrauchbar geworden waren, mussten die beiden Züge

19 Dok. Nr. 442 in: Sauer, S. 243 [*Hervorh. MH*]. Die Todenhöfer-Notiz beruht auf einem Telefonat mit Eichmann-Stellvertreter Rolf Günther über die Frage, weshalb eine vorausgehende Absprache mit Vichy nicht erfolgt war und wie jetzt die Waffenstillstandskommission angewiesen werden sollte, den Franzosen Auskunft zu geben. Günther räumt ein, es sei durchaus „erwogen worden, die Französische Regierung zu verständigen“. Damit zeigt er dasselbe Problembewusstsein, das Eichmann in Israel sagen lässt: „Unseres Erachtens nach hätte es also eine solche Angelegenheit ohne vorherige Befragung Vichys nicht geben dürfen“ [*TAE 7, 146*]. Günther, notiert Todenhöfer, habe auch nicht sagen können, warum das nicht erfolgt sei.

ca. 130 km zurückfahren. Die Entscheidung für Gurs, gut 450 km weiter westlich bei Pau gelegen, war ebenso nur eine Notlösung und die Unterbringung dort genausowenig vorbereitet wie am Mittelmeer.

Den badischen Zügen blieb der Umweg erspart. Sie waren zuvor, ebenfalls in Chalon-sur-Saône, von dem im August zum SS-Sturmbannführer avancierten Eichmann durchgelotst worden – deklariert als „Wehrmachtstransporte“ mit Ziel Atlantikregion. Eine solche Durchfahrt in die besetzte Zone, hatte er herausgefunden, hätte Vichy eigentlich dulden müssen, allerdings sicher nicht mit unbestimmter Zielangabe und nicht mit dieser Fracht. Auch für Wagners Züge war die Weiterfahrt Richtung Toulouse durch die Folgen des Extrem-Unwetters beeinträchtigt – im Überschwemmungsgebiet des Gebirgsflusses Aude zwischen Narbonne und Carcassonne, wie wir aus dem beeindruckend genauen und kenntnisreichen Bericht der Freiburger Lehrerin Lili Reckendorf erfahren.<sup>20</sup> Reckendorf weiß auch von dem verwüsteten Lager bei St. Cyprien, dessen Insassen „damals in größter Not“ gewesen seien und zu einem großen Teil ebenfalls nach Gurs gebracht wurden.<sup>21</sup>

Die vorausgehende und z. T. noch in Gang befindliche Vertreibung unerwünschter Landsleute und französischer Juden aus Elsass und Lothringen hatte die französische Regierung hinnehmen müssen. Doch jetzt, da es sich um deutsche Staatsbürger handelte, konnte sie eine sofortige Rücknahme verlangen.

Erhebliche Schwierigkeiten waren gleichzeitig – wegen der Brüskierung Vichys – von der

20 Lili Reckendorf, in: Bosch 2001, S. 277. Die Freiburger saßen mit den Konstanzern, Gailingern und Offenburgern im gleichen Zug, der in Singen a. H. gestartet war und französische Abteilwagen hatte.

21 Reckendorf schreibt, unter den vom Mittelmeer nach Gurs Verlegten seien „viele arische Flüchtlinge aus Norddeutschland, Belgien und Frankreich“ gewesen – „Jammergestalten, krank, zerrissen, verlumpt“.

obersten Führung des Auswärtigen Amtes (AA) und von Minister Ribbentrop zu erwarten, der auf diplomatische Rücksichtnahme zu achten hatte. Wohl eben deshalb hatte man ihn persönlich nicht eingeweiht. Doch der Leiter der AA-Abteilung Deutschland, Unterstaatssekretär Martin Luther, war mit dem Vorgehen der Gauleiter und des RSHA offenbar einverstanden und beteiligte sich am Herunterspielen der Aktion. Luthers Loyalität gegenüber der AA-Führung war, wie sich später zeigen sollte, nicht sonderlich ausgeprägt.

Das Reichssicherheitshauptamt und damit Eichmann sei erst in der „second and last phase“ auf den Plan getreten – das behauptet dieser jedenfalls von sich 1961 in seinem Jerusalemer Prozess.<sup>22</sup> Das ist wohl zutreffend, denn aus dem Einsatz örtlicher Gestapo lässt sich nicht schließen, dass Eichmanns Vorgesetzter Gestapo-Chef Müller oder gar Heydrich führend an der Vorplanung und den Entscheidungen beteiligt gewesen wären. Dass Himmler die in der Todenhöfer-Notiz erwähnte Weisung an die Stapo-Leitstellen gab, hing mit seiner Funktion als Chef der fusionierten deutschen Polizei zusammen. Aus mehreren Städten wird berichtet, dass Gestapoleute in Zivil am jeweiligen Morgen die Ausweisungs-Mitteilungen überbracht und auch darauf geachtet hätten, dass sich die Ausgewiesenen mit Lebensmitteln versorgten. An der Zugbegleitung waren sie wohl eher nicht beteiligt.

Eichmanns Berliner Gestapo-Referat IV D 4 selbst war wegen seiner Funktion als Verbindungsstelle zur Reichsbahn eingeschaltet worden. In dieser Zuständigkeit war Eichmann dann sogar gezwungen, persönlich einzugreifen, als bereits bei der Grenzdurchfahrt das Scheitern

22 Im Prozess, 77. Sitzung am 26.06.61, gibt Eichmann die eindeutige Auskunft: „I was not involved in this operation, only in the second and last phase, that is to say, purely in the matter of transportation“: <http://www.nizkor.com/hweb/people/e/eichmann-adolf/transcripts/Sessions/Session-077-02.html> – *letzter Zugriff* 22.04.2022.

drohte. Nach seiner Aussage musste er die zu befürchtende Abweisung und Zurückschickung der Deportierten unter allen Umständen verhindern. Für die zentrale Planung der angestrebten „Endlösung“ hätte das damit verbundene öffentliche Aufsehen ein Fiasko bedeutet. Zwar fand die Odyssee der südwestdeutschen Juden in Gurs und weiteren französischen Lagern ein vorläufiges Ende. Doch für die Berliner Protagonisten der deutschen Judenpolitik war das keinesfalls der Erfolg, als den sie die „Abschiebung“ im internen Schriftverkehr verkauften.

Den falschen Eindruck einer erfolgreichen Aktion vermittelt auch Hannah Arendts gern zitiertes Resümee, die Opfer hätten sich zur höchsten Zufriedenheit der Organisatoren widerstandslos und unbemerkt von den Nachbarn „auf eigenen Füßen in den Untergang“ begeben.<sup>23</sup> Auch ihre wiederholt über den Völkermord an den Juden geäußerte Vorstellung, die Juden hätten sich unter entsprechender Führung wehren oder zumindest verweigern können, geht an den Realitäten vorbei.<sup>24</sup> Ebenso ist Arendts Einfall zur Gurs-Aktion, „die Nazis“ hätten die Reaktion der Bevölkerung und ebenso die der Vichy-Regierung „sondieren“ wollen, nichts weiter als eine für ihre Darstellung typische erzählerische Pointe. Einseitig funktionalistisch gedacht, macht sie die Akteure nicht namhaft, suggeriert aber sach- und quellenwidrig, diese seien in ihren weitergehenden Absichten bestärkt worden, nachdem angeblich alles so glatt gelaufen sei.

23 Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München 1964, S. 256 [S. 195 nach der Seitenzählung früherer Ausgaben].

24 S. dazu Werner Renz, *ad Hannah Arendt Eichmann in Jerusalem. Die Kontroverse um den Bericht „von der Banalität des Bösen“*, EVA, Hamburg 2021, S. 114 ff. Renz stellt zurecht fest: „Verweigerung der Mitwirkung, des Mitmachens bei Aufopferung des Lebens wäre nach Arendt die moralisch gebotene Haltung der jüdischen Funktionäre gewesen. Dass es viele solcher Fälle gab, wusste sie aufgrund ihrer fehlenden Quellen- und Literaturkenntnis nicht“ [S. 119].

Hannah Arendts – für ihre Leser – eingängige Behauptungen haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass der Widerstand und die gar nicht so wenigen Helferinnen und Helfer allzulange übersehen wurden.<sup>25</sup> In ihrer vielfach kritisierten Tendenz, Eichmann glauben zu wollen, nimmt sie den Wortlaut des Heydrich/Eichmann-Schreibens für bare Münze, „die Abschiebung“ sei „reibunglos und ohne Zwischenfälle abgewickelt“ und zudem „von der Bevölkerung kaum wahrgenommen“ worden.<sup>26</sup>

Dieses Schreiben konnte Eichmann aufsetzen und von seinem Chef unterschreiben lassen, weil es ganz auf der Linie Heydrichs lag, der sein Amt zur zentralen Instanz der noch nicht festgelegten „Endlösungs“-Politik zu machen bestrebt war. Dass das RSHA sich nachträglich für die Abschiebungen verantwortlich erklärt, ist im Kontext der konkurrierenden Interessen von Reichssicherheitshauptamt und Außenministerium zu sehen. Doch die Vertreibung der badischen und saarpfälzischen Juden hatte auch auf dieser höheren Ebene keine Perspektive, da die Deportierten nicht in Frankreich bleiben konnten. Durch die nachfolgende teilweise Ver-

legung in andere südfranzösische Lager änderte sich wenig.

Die Aktion war auch kein „Probelauf“ für Madagaskar,<sup>27</sup> diesem bereits utopisch gewordenen Ansiedlungs-Projekt, alle im deutschen Machtbereich lebenden Juden in die französische Kolonie zu verbringen. Dass in unserem Kontext Äußerungen in dieser Richtung zu finden sind, teils in Dokumenten, teils als Gerücht, deutet auf gezielte Desinformation hin. Es ergibt keinen Sinn und es gab auch keine konkreten Absichten, die im Oktober Abgeschobenen für dieses von Eichmann und Rademacher konzipierte Insel-Protectorat, in dem bis zu 4,5 Millionen Menschen rechtlos ohne Staatsbürgerschaft leben sollten, in Frankreich sozusagen zwischenzulagern.<sup>28</sup>

Keinesfalls auch kann die Abschiebung als beabsichtigte „Vorstufe“ für die späteren systematischen Deportationen in die östlichen Vernichtungslager verstanden werden.<sup>29</sup> Seit Frühjahr 1938 gehörte es zu Eichmanns Aufgabe, Zwangsauswanderungen voranzutreiben. Dafür Lösungen und vor allem aufnahmebereite Länder zu finden, wurde aber zunehmend schwieriger. Die als Ausweg versuchten ersten Deportationen und „Umsiedlungen“ von 1939 und 1940 folgten noch keinem einheitlichen Konzept. Erste sog. „territoriale Lösungen“ scheiterten.

Eine neue Dimension ist allerdings – äußerst vage und reichlich utopisch – angesprochen, wenn im „Karlsruher Bericht“ von einer bestehenden „Absicht“ die Rede ist, „auch die übrigen Juden aus dem Altreich, der Ostmark und dem Protectorat Böhmen und Mähren – insgesamt etwa 270.000 Personen zumeist vorgerückten Al-

25 Stellvertretend seien hier genannt: Wolfram Wette (Hg.), *Stille Helden. Judenretter im Dreiländereck während des Zweiten Weltkriegs*, Freiburg 2005; ebenso das hervorragend recherchierte Buch von Norbert Giovannini (Hg.), *Stille Helfer. Eine Spurensuche in Heidelberg (1933–1945)*, Heidelberg 2019; Hans-Joachim Fliedner, *Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945*, Bd. 1/2 Stuttgart/Berlin/Köln [1971] 1991<sup>2</sup>; weitere Beispiele in den beiden Heften der LpB BW; Johannes Rau (Hg.), *Hilfe für Verfolgte in der NS-Zeit. Jugendliche forschen vor Ort. Ein Lesebuch*, Hamburg 2002 – darin: Interview mit Wolfgang Benz über „Stille Helfer“, S. 238–244, sowie Verena Willige/Susanne Mulert: Ortskundige kennen die Schlupflöcher. Fluchthilfe für Verfolgte an der Grenze zur Schweiz, S. 223–237; für die Vorgänge in Pfalz und Saarland: Bränche/Steck [s. Anm. 1].

26 Siehe die am Ende des Beitrags wiedergegebene Reproduktion. Arendt erwähnt das Schreiben selbst und seinen mutmaßlichen Urheber nicht, obwohl dieser in dem von ihr durchgehend benutzten Buch Gerald Reitlingers [*Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945* (London 1953), Berlin 1956, S. 85] als Absender benannt wird. Reitlinger hat Recht: Es war Eichmann [s. auch u., Anm. 54].

27 Teschner, S. 94.

28 Diese Einschätzung teilt auch Christian Eggers (s. Anm. 1), der konstatiert, es sei „nicht verwunderlich, keinen einzigen Nachweis für einen deutschen Versuch zu finden, Vichy zur Zustimmung zum Madagaskar-Plan zu nötigen“ [S. 256].

29 Limbacher, S. 45; ähnlich Thomas Altmeyer in: LpB (Hg.), „Es war ein Ort ...“, S. 3.

ters – nach Frankreich abzuschieben“.<sup>30</sup> Dafür lag gewiss noch keine konkrete Planung zugrunde, es scheint eine der kaum durchdachten Spontanideen Heydrichs gewesen zu sein, über die sich Eichmann gelegentlich mokiert. Allerdings bestätigt Eichmann diese „Sammelbecken“-Idee auf Nachfrage im Sassen-Interview und sieht sie im Zusammenhang mit den Oktober-40-Deportationen.<sup>31</sup> Dass diese auf eine ablehnende Haltung der französischen Regierung stoßen würden, war für ihn vorherzusehen. Der Aktionismus der Gauleiter konnte ihm also nicht genehm sein. Aus diesem Kontext erklärt sich Eichmanns nachtragende Bemerkung über den „wildgewordene[n] Gauleiter in Baden, der in Null, nichts [sic] seine Juden los sein wollte“.<sup>32</sup>

Noch stand der „Untergang“, die umfassende Vernichtung nicht auf der Tagesordnung. Das Narrativ des Schrecklichen tendiert zu überzeichneten Formulierungen. Was in dieser Richtung zu stark aufgetragen wird, gilt umgekehrt für die Wahrnehmung von Widerstand und Hilfsbereitschaft, die oft nicht genügend Würdigung finden. Auf die Frage, warum sich allgemein die Geschichtswissenschaft „erst spät mit den Rettungsversuchen befasst“ hat, gibt der Historiker Wolfgang Benz zu bedenken: „Auch die Retter selbst haben kein Aufhebens von sich gemacht“. In den 1950er- und 60er-Jahren habe „ein sehr enger Widerstandsbegriff“ gegolten. „Erst später wurde allgemein anerkannt, dass auch die ‚stillen Helfer‘ ein wesentliches Kriterium von Widerstand erfüllt haben: Sie haben sich selbst gefährdet“.<sup>33</sup>

30 Dok. Nr. 441 in: Sauer, S. 242.

31 SI, Bd. 33, 6. Eichmann wird auf eine Behauptung Reitlingers [S. 344 u. S. 87] angesprochen, „die Deutschen“ hätten die „freie Zone“ Frankreichs nach der Kapitulation zunächst „als eine Ablagerungsstätte und nicht als einen Teil des privilegierten Europa“ angesehen, „das ‚judenfrei‘ gemacht werden sollte“. Entsprechende Überlegungen sind m. W. sonst nicht belegt.

32 SI, Bd. 18, 6.

33 Wolfgang Benz in: Rau (Hg.), S. 243.

Heinrich Grüber und seine MitarbeiterInnen können in dieser Hinsicht nicht genug herausgehoben werden. Er überschritt wissentlich die ihm gesetzte rote Linie mit seinem sabotageverdächtigen Einsatz für die nach Gurs Deportierten, die größtenteils nicht zu seiner vom RSHA und Eichmann genehmigten Klientel der „nicht-arischen Christen“ gehörten.

Zwischen den Deportationen im Oktober 1940 und dem – fast zwei Jahre später ab 6. August 1942 durchgeführten – Abtransport der in den südfranzösischen Lagern übrig gebliebenen 2.653 Menschen nach dem Osten (u. a. nach Sobibór und Majdanek, überwiegend nach Auschwitz) zeigt das Schicksal der südwestdeutschen Juden ein ganzes Spektrum an Schrecklichem und Unfassbarem.

Eine moralisierende Betrachtung, die das Leiden und Sterben in den französischen Lagern in Verbindung mit dem Holocaust bringen will, gerät aber leicht in ein Dilemma. Mit den sich aufdrängenden Kategorien – z. B. „Vorhölle von Auschwitz“, „Synonym des Schreckens und des Todes“ – wird die in diesen und den folgenden Monaten vorangetriebene „dynamische“<sup>34</sup> Entwicklung der Judenverfolgung vom Ende her gesehen. Die in allen Bereichen wahrzunehmende Radikalisierung verweigert sich einer angemessenen Beschreibung.

Mit den Internierungslagern in Frankreich, so unerträglich die Zustände dort waren, ist das, was die Häftlinge in den Vernichtungslagern erlitten,<sup>35</sup> nur bedingt vergleichbar. Bis zu dieser

34 Als der Judenreferent des Innenministeriums, Bernhard Lösener, im Dezember 1941 durch seinen Mitarbeiter Werner Feldscher über die Ermordung eines Transports deutscher Juden in Riga erfuhr, verlangte er von seiner Aufgabe entbunden zu werden. Innenstaatssekretär Wilhelm Stuckart machte ihm klar, „daß diese Dinge auf höchsten Befehl geschehen“, und hielt ihm vor, er sei „nicht dynamisch genug“; er habe „zu starr an den Nürnberger Gesetzen festgehalten“ [Bernhard Lösener, *Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern* (Hg. Walter Strauß), in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 9/3, 1961, S. 311].

35 Stellvertretend sei genannt: Wieslaw Kielar, *Anus Mundi. Fünf Jahre Auschwitz [1972]*, Frankfurt/M. 1979.

Zeit sahen die Täter die Parole „judenfrei“ noch durch mehr oder weniger erzwungene Auswanderung realisiert.<sup>36</sup> Der Bürgermeister der Gemeinde Kirchen bei Lörrach, der den vor dem Frankreich-Krieg vertriebenen jüdischen Einwohnern die Rückkehr verwehrt, erklärte bereits vor der Oktober-Deportation Kirchen zum ersten „judenfreien“ Dorf in Baden.<sup>37</sup> Seit Sommer 1941 aber verband sich mit dieser Zielvorgabe der Wille zu brutaler und umfassender Ermordung – z. B. in einer Kartenskizze der baltischen Länder, in der Estland mit einem Sargsymbol und der Zahl der Ermordeten für „judenfrei“ erklärt wird.<sup>38</sup>

Selbst die an der „physischen Vernichtung“<sup>39</sup> zentral Mitwirkenden empfanden die Wende zum europaweiten Völkermord als „ungeheuerlich“, so Eichmann und der Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß gleichlautend. Eichmann fand darüber in den großen Nachkriegs-Befragungen

36 „„Endlösung“ bedeutete zu dieser Zeit noch nicht die physische Vernichtung der europäischen Juden, sondern ein judenfreies Deutschland“ [Christopher R. Browning, *Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943*, Darmstadt 2010, S. 64].

37 LpB (Hg.), „Es war ein Ort ...“, S. 6.

38 Vielfach abgedruckte Karte mit Baltikum, Weißrussland und Nordwestrussland, die als Anlage zum Geheimbericht der Einsatzgruppe A Ende 1941 unter Walter Stahlecker erstellt wurde [s. *Léon Poliakov/Josef Wulf, Das Dritte Reich und die Juden*, Berlin 1955, 1983<sup>2</sup>, S. 153]. Unter der Überschrift „Von der Einsatzgruppe durchgeführte Judenexekutionen“ sind in diese Länder zynische Sargsymbole eingezeichnet mit der Anzahl der Ermordeten. Für Estland beträgt die Zahl 963, darunter großgeschrieben: „JUDENFREI“. Eichmann-Freund Stahlecker (1900–1942), geb. in Sternenfels, arbeitete in Wien, Prag und bei dem Nisko-Ansiedlungs-Projekt 1939 mit Eichmann zusammen und war sein Vorgesetzter.

39 Besonders in der neun Monate andauernden Anhörung Eichmanns durch die israelische Polizei wird erkennbar, dass es sich im Sommer 41 um einen bevorstehenden Paradigmenwechsel handelte. Eichmann erinnert sich an Heydrichs Worte in einem Vieraugengespräch, das er auf „Sommer 41“ datiert: „Der Fuehrer hat die physische Vernichtung der Juden befohlen“ [TAE 7, 169]. Oft wird übersehen, dass Heydrich laut Eichmann diese Ansage „mit einem kleinen speech vorher“ über die „Auswanderung usw. usw.“ eröffnet habe. Das kann nur bedeuten, dass Eichmann vor dem Krieg gegen Russland – und dies wohl exklusiv – über das bevorstehende Ende seines Auswanderungsauftrags unterrichtet wurde.

recht deutliche Worte, auch wenn er in der israelischen Polizei-Anhörung nicht so ungeniert daherreden konnte wie drei Jahre zuvor in Buenos Aires.<sup>40</sup> Gleich wie Höß hielt er diese historische Zäsur für geschichtsnotwendig.<sup>41</sup> Beide sind sich hinsichtlich des Datums ihres jeweiligen Instruierwerdens über Hitlers Entscheidung darin einig, dass diese vor Beginn des Russlandkriegs erfolgt sei. Ihre Datierung des für beide wohl einschneidendsten Ereignisses ihrer Täterbiografie halte ich – entgegen der vorherrschenden Expertenmeinung – für zuverlässig. Sie wird durch bisher nicht berücksichtigte Quellen bestätigt.

Für die verfolgten badischen und saarpfälzischen Juden machte es einen wesentlichen Unterschied, ob sie 1940 nach Frankreich oder ab 1942 in den Osten abgefahren wurden. Trotz der lebensfeindlichen Bedingungen im Lager Gurs hatten die nach dem Westen Abgeschobenen mehr Überlebenschancen als die im Oktober 1940 noch Versprochenen. Direkt nach Auschwitz geschickt, ist ihr Schicksal vergleichbar mit dem der im August 42 in Südfrankreich Zurückgebliebenen, die zuerst in das Sammellager Dran-

40 Eichmann antwortet im Disput mit Willem Sassen auf die Frage, warum man „die Leute“ nicht zu Arbeitsdiensten eingesetzt habe, „anstatt sie zu vergasen“: „Ja, wenn Sie es so fragen, dann muss ich Ihnen sagen, was wir uns alle gesagt haben, es ist zu ungeheuerlich diese Loesungsmethode“ [SI, Bd. 47,9]. In Israel erläutert Eichmann zu seiner Datierung von Hitlers Vernichtungs-Entschluss, dass nach dem „Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion“ „etwas voellig neues, bisher nie gehoertes und gekanntes Raum griff“. Auch hier gebraucht er den Ausdruck „Ungeheuerlichkeit“ [TAE 7, 159].

41 In Höß' Krakauer Niederschrift für den polnischen Untersuchungsrichter Jan Sehn heißt es: „Nach dem Willen des RFSS [„Reichsführer SS“ Himmler] wurde Auschwitz die größte Menschen-Vernichtungs-Anlage aller Zeiten. Als er im Sommer 1941 persönlich den Befehl erteilte, in Auschwitz einen Platz zur Massenvernichtung vorzubereiten und diese Vernichtung durchzuführen, konnte ich mir nicht die geringsten Vorstellungen über die Ausmaße und die Auswirkungen machen. Wohl war dieser Befehl etwas Ungewöhnliches, etwas Ungeheuerliches. Doch die Begründung ließ mich [sic] diesen Vernichtungsvorgang richtig erscheinen“ [Rudolf Höß, *Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen*, hg. Martin Broszat, dtv, München 1963<sup>2</sup>, 1985<sup>10</sup>, S. 186 (in den früheren Ausgaben: S. 124) – Hervorhebung im Original].

cy und von dort nach Osten deportiert wurden. Wie es für diese Menschen gewesen sein muss, was sie erlebt und empfunden haben, lässt sich nur erahnen.<sup>42</sup> Auf die Problematik von vergleichenden und gleichsetzenden Wertungen möchte ich zum Schluss noch eingehen.

### *Himmler gibt dem Drängen des Gauleiters Wagner nach. Zur Vorgeschichte und zum Ablauf der Deportationen*

Wer waren nun die Hauptakteure, wer trieb die Aktion voran, wer gab die Anordnungen und wer war nur bedingt beteiligt oder ließ sich treiben? Gab es keine internen Einwände? Handelte es sich nur um ein begrenzt regionales Vorhaben oder standen hinter den Deportationen auch zentrale Instanzen? In welcher Weise waren diese beteiligt und wer war auf dieser höheren Ebene verantwortlich? Diese Fragen lassen sich nur unter Vorbehalt beantworten.

Die Quellenlage ist widersprüchlich, daher finden sich in der Literatur und in regionalen Publikationen unterschiedliche Angaben. Zumindest lassen sich einige verbreitete Annahmen ausschließen. Außer Hitler selbst werden als Initiatoren Himmler und RSHA-Chef Heydrich genannt, mit diesem zusammen Gestapo-Chef Heinrich Müller im Amt IV des Reichssicherheitshauptamts. Durch das im Anhang abgedruckte Heydrich/Eichmann-Schreiben konnte in der Tat der Eindruck entstehen, dass die „Aktion“ von Eichmanns Gestapo-Dienststelle IV D4 gesteuert wurde. Doch dafür und dass überhaupt die Initiative von Berlin ausgegangen wäre, gibt es sonst keinen überzeugenden Anhaltspunkt. Im RSHA wusste man, dass es keinen

42 „Alle sahen den Untergang vor Augen. Niemand wollte in das Ungewisse hinein“, schreibt einer der wenigen Überlebenden, Rolf Weinstock. „Wir konnten und wollten es nicht glauben, daß wir wieder zurück sollten in die Hände der Barbaren, zurück zu Hitler und seinen Banditen“ [zit. nach Stude, S. 309].

Führerbefehl gab, der im Übrigen auch die anderen Reichsgaue hätte einschließen müssen.

Welchen Anteil hatte Hitler an den Geschehnissen? Meist wird die Aktion in Zusammenhang mit einer Begegnung gesehen, die er vier Wochen vorher mit Wagner und Bürckel hatte. Dabei sprach er auch über das längerfristige Ziel, das er für alle Gaue, besonders die des Ostens habe: „Der Führer hat weiterhin betont, daß er von den Gauleitern nach 10 Jahren nur eine Meldung verlange, nämlich, daß ihr Gebiet deutsch und zwar rein deutsch sei“.<sup>43</sup> Hitler habe noch hinzugefügt, er werde sie dann – also in zehn Jahren – „nicht ... danach fragen, welche Methoden sie angewandt hätten, um das Gebiet deutsch zu machen“. Freilich war das wohl kaum eine vorab erteilte Ermächtigung, wie es gelegentlich verstanden wird.<sup>44</sup>

Sicher glaubten die beiden süddeutschen Gauleiter, mit ihrer Aktion Hitlers Wunsch erfüllt zu haben. Aber schnell muss wohl allen damit Befassten und auch den beiden Hauptakteuren klar gewesen sein, dass sie – mit diesem kurzen Zeitabstand – voreilig zugeschlagen hatten. Sie hatten ihre Gaue ‚judenfrei‘ gemacht, doch auf der obersten Verantwortungsebene stand die berechnete Besorgnis im Vordergrund, durch ein blamables Scheitern könne die weitere Mitwirkung der Franzosen an der deutschen Judenpolitik in Frage gestellt werden.

Dass Himmler beteiligt war, entspricht seiner besonderen Stellung als Vermittler des von ihm – kaum kontrollierbar – ausgelegten und mitgeteilten Führerwillens. Laut Auskunft des Eichmann-Stellvertreters Rolf Günther soll Himmlers einschlägiger „Erlass“ am 30.09.40 ergangen sein. In diesem habe er sich auf Hitler berufen. Mit dieser mündlichen Mitteilung wurde das In-

43 Notiz Martin Bormanns; zit. nach Toury, S. 446, der darauf verweist, Hitler habe das „lt. Bormann, mit Blickrichtung auf die ‚Gauleiter in den Ostgebieten‘“ gesagt [S. 446, Anm. 53 – Hervorh. Toury].

44 Teschner, S. 94; Toury, S. 446.



andere Instanzen und Funktionsträger mussten bei Eichmann vorstellig werden.

Die Pfälzer Juden über Mannheim abzutransportieren, war wegen der seit Kriegsbeginn für den Bahnverkehr unpassierbaren Brücken nicht möglich.<sup>51</sup> In Lyon wurde der Betrug mit den angeblich „ausgewiesenen Franzosen“ bemerkt, während Eichmanns List schon kurz nach der Grenze in Mâcon durchschaut wurde. Er hatte für die badischen Züge mit dem offenbar kollaborationsbereiten Bahnhofsvorsteher in Chalon-sur-Saône verhandelt. Das deutsche Begleitpersonal verließ hier mit einem „Abschiedssalut“ den Transport.<sup>52</sup> Auch Rote-Kreuz-Schwester, die in Lahr zugestiegen waren und an zumindest zwei Stationen für Verpflegung gesorgt hatten,<sup>53</sup> verließen hier den Zug.

Die Gesamtzahl der Deportierten liegt sicher höher als die von Heydrich/Eichmann angegebene Zahl 6.504, die häufig in Gesamtdarstellungen und in Ausstellungstexten übernommen wird. Teschner kommt auf 6.557 Deportierte. Für Baden gibt er 5.586 Personen an, für die Pfalz 826 und für das Saarland 145. Diese Angaben sind sicher nicht auf die letzte Ziffer genau, dürften aber den tatsächlichen Zahlen am nächsten kommen. Im Land blieben – nach Schätzungen – zwischen 850 und 900 jüdische Menschen zurück.

Für die Annahme eines Hitlerbefehls und damit für die historische Einordnung wird meist auf den Heydrich/Eichmann-Bericht vom 29.10.40 verwiesen.

51 Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judendeportationen“ aus dem deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, S. 40: Die Brücke bei Breisach war die einzige zu diesem Zeitpunkt für Bahntransporte verfügbare Rheinbrücke im Süden.

52 Althausen erzählt: „Wir sahen, dass die gesamte deutsche Begleitmannschaft ausstieg, manche haben sogar in die Luft geschossen, sozusagen als Abschiedssalut“.

53 Siehe u., Anm. 104.

Der Briefkopf enthält Heydrichs Titel („Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD“) mit der Amtsanschrift Prinz-Albrecht-Straße. Darunter steht das Geschäftszeichen des Gestapo-Judenreferats IV D 4 (das in der Kurfürstenstraße untergebracht war). Dies zeigt, dass Eichmann nicht nur die erwähnte Rolle beim Transport hatte, sondern auch eine nachträgliche Zuständigkeit für das gesamte Geschehen übernahm. Dass er in dem grundlegenden, in den Einzelheiten nicht immer zutreffenden Werk des Historikers Gerald Reitlinger als Verfasser des Briefs bezeichnet wird, hat durchaus seine Berechtigung.<sup>54</sup>

Das zweiseitige Schreiben ist „an das Auswärtige Amt, z. Hdn. SA-Standartenführer Gesandter Luther“ gerichtet und wurde laut Farbstiftvermerk von diesem an sein Judenreferat D III, also an Rademacher, übergeben. In Form einer Mitteilung („kann ich Ihnen mitteilen“) wird – eine Woche nach den Ereignissen – auffallend spät und nur summarisch über die „Aktion“ berichtet. Diese wird als „Abschiebung“ bezeichnet und „der Vorgang“ – gemeint ist wohl die Abwicklung – für „reibunglos“ gelungen erklärt. Exponiert wird die Behauptung vorangestellt, Hitler selbst habe das „angeordnet“. Zudem habe dieser verfügt, was nun gänzlich ungläubwürdig ist, welche Transportrouten zu nehmen seien.

Ausdrücklich hervorgehoben wird das „Eilvernehmen mit den örtlichen Dienststellen der Wehrmacht“, was sich wohl auf die im „Karlsruher Bericht“ erwähnten Militär-Fahrzeuge für den Abtransport der in abgelegenen Orten wohnenden Juden beziehen dürfte.

Das Schreiben hat formal einen amtlichen Charakter, der auch dem mutmaßlichen Zweck entspricht: Die Deportationen sollen als abge-

54 Siehe o., Anm. 26. Heydrich wird von Reitlinger nicht einmal erwähnt, wenn er schreibt: „Der Vorgang der Aktion selbst wurde von der Bevölkerung kaum wahrgenommen“, erklärte Eichmann Luther voller Stolz“ [Reitlinger, *Die Endlösung*, S. 85]. Reitlinger erkennt freilich den Zweck dieses Schreibens.

geschlossen und, da durch Hitler legitimiert, als erledigt betrachtet werden. Dies zielt zweifellos auf den Außenminister, der gegen alle Regeln erst auf diesem Umweg halboffiziell informiert wird. Angesichts der bereits angelaufenen französischen Proteste und der eingegangenen Anfragen der Waffenstillstandskommission ist eine beschwichtigende Tendenz unverkennbar. Ribbentrop soll von übereilten Schritten abgehalten werden.

Ein weiterer gravierender Regelverstoß fällt auf: Die unter dem Vorsitz des Generals Carl Heinrich v. Stülpnagel zuständige Waffenstillstandskommission in Wiesbaden war ebenfalls nicht konsultiert worden. Da den übergebenen Instanzen das gesamte Geschehen jedoch nicht verborgen geblieben war, zog es, wie Eichmann kommentiert, auch auf deutscher Seite „viele, viele Schwierigkeiten“ nach sich.<sup>55</sup> Dass eine „vorherige Kenntnisgabe an die französischen Behörden“ nicht erfolgt sei,<sup>56</sup> wirkt, an die Adresse des Außenministeriums gerichtet, fast provozierend. Denn gerade dafür hätte das Außenamt eingeschaltet werden müssen. Die Behauptung, die Deportationen hätten kein Aufsehen erregt und seien „ohne Zwischenfälle“ verlaufen, ist durch die Aufarbeitung der örtlichen Geschehnisse widerlegt.

Abschließend wird noch auf die „jüdischen Vermögenswerte“ eingegangen und deren „treuhänderische Verwaltung und Verwertung“. Hier scheint immerhin ein wenig Wahrheit durch, welchen zynischen Bedeutungswandel die Worte

„treuhänderisch“ und „Verwertung“ längst durchlaufen hatten, wenn es um Juden ging. Deutlich wird das in einer „Anordnung“ über „Verwaltung und Verwertung des jüdischen Vermögens in Baden“, die Gauleiter Wagner schon am Folgetag, dem 23.10., erließ. Darin wird summarisch verfügt: „Das gesamte Vermögen der aus Baden ausgewiesenen Juden wird beschlagnahmt und dem Land Baden für verfallen erklärt“.<sup>57</sup> Auch dazu äußert sich der „Karlsruher Bericht“ bemerkenswert distanziert.

Wichtig ist dem Verfasser des Heydrich/Eichmann-Berichts die Feststellung, dass „in Mischehe lebende Juden“ nicht deportiert wurden. Das verweist auf die bis zum Ende anhaltenden Legitimationsschwierigkeiten der deutschen Behörden gegenüber dem jeweils nichtjüdischen Teil der von Verfolgungs-Maßnahmen betroffenen Familien. Dies und die Behandlung der Weltkriegs-Veteranen war auch ständiges Thema in den Auseinandersetzungen, die das Innenministerium als staatliche Behörde mit Eichmann und den Partei-Ämtern zu führen hatte. RMdI-Ministerialrat Lösener zweifelte nicht von ungefähr an der Existenz eines Hitler-Befehls. Er hatte Auskunft über die Vorgänge verlangt und Eichmann ließ sie ihm am 04.11. durch seinen Stellvertreter Günther erteilen. Dieser verlas zwar das Heydrich/Eichmann-Schreiben, verweigerte aber weitere Akteneinsicht.<sup>58</sup>

Als direkter Befehlsgeber kommt Hitler sicher nicht in Frage. Zwar hatte er, wie Longerich überzeugend darlegt, besonders in der Judenfrage die

55 „Die Schwierigkeiten, die sich dann später noch auftraten, ich entsinne mich es waren noch viele, viele Schwierigkeiten, die musste dann das Auswaertige Amt mit der Franzoesischen Regierung in Vichy klaeren. Dann wurde auch der Reichsfuehrer eingeschaltet, denn ... er gab den Befehl, er musste es ja schliesslich verantworten“ [TAE 7, 144f].

56 Zweiter Abs. des Dokuments. Todenhöfer [s. o., Anm. 19] notiert, SS-Hauptsturmführer Günther habe ihm erklärt, es sei „erwogen worden, die Französische Regierung zu verständigen“. Man habe „jedoch – aus welchen Gründen ist unbekannt – davon abgesehen“ [Dok. 442, Sauer, S. 244]. Die Gauleiter hatten Grund, diese Benachrichtigung zu vermeiden.

57 Zit. nach Toury, S. 449f. Werner [S. 320] verweist darauf, dass Wagner diesen (geheimen) Erlass 5 Monate später wieder zurücknehmen musste: „Nach einer Weisung aus Berlin, daß das jüdische Vermögen treuhänderisch zu verwalten und der Erlös aus ‚verwertetem‘ Vermögen dieser Art sowie Bargeld, Bank- und Sparguthaben auf gesperrten sogenannten ‚Anderkonten‘ der betreffenden Juden einzubezahlen sei, zog Wagner seine Beschlagnahmeanordnung zurück“. Diese Rücknahme-Anordnung entspricht auch ganz der erwähnten kritischen Bemerkung des „Karlsruher Berichts“ [Sauer, S. 243].

58 Lösener, S. 295.

Zügel in der Hand und kümmerte sich vielfach auch um Details.<sup>59</sup> Doch lässt die nur in Teilen planvolle Durchführung der Aktion keine konkrete übergeordnete Befehlsgebung erkennen. Günther verfolgte auch gegenüber dem Innenministerium den Zweck, mit einem vorgeblichen Führerbefehl der erwarteten Abwehrhaltung zu-vorzukommen.

Luther-Referent Rademacher nimmt diese Behauptung einen Monat später, am 07.12., stillschweigend zurück. Handschriftlich ersetzt er im Entwurf einer Stellungnahme „angeordnet“ durch die vertuschende Formulierung: „vom Führer gebilligt“.<sup>60</sup> Rademacher war als ständiger Verbindungsmann von Luthers AA-Abteilung „Deutschland“ zu Eichmanns Gestapo-Dienststelle schon früh eingeweiht. Bereits aus der Entstehungsphase des Madagaskar-Projekts ist beider auffallend vertrauliche Kooperation bekannt. An dessen Realisierbarkeit hatte Eichmann bereits von dem Zeitpunkt an nicht mehr ernsthaft geglaubt, als die für den Transport dorthin ersetzbare französische Flotte durch die Briten teilweise zerstört worden war.<sup>61</sup> Dennoch, als angeblich immer noch bestehende Option konnte es weiter dienlich sein, um mit dieser vagen Aussicht die verärgerten französischen Stellen zu beschwichtigen. Selbst dem deutschen Außenminister konnte man damit etwas vormachen. In diesem Sinn verstehe ich den Vermerk Luthers zum „Karlsruher Bericht“, in dem er die „Wei-

terleitung der Deportierten nach Madagaskar“<sup>62</sup> als „sehr interessant“ kommentiert.

Das Heydrich/Eichmann-Schreiben erweckt zwar den Anschein einer persönlichen Mitteilung. Bemerkenswert ist aber, dass – anders als in anderen Briefen Heydrichs an den Leiter der Deutschland-Abteilung – auf Anrede und Grußformel verzichtet wird. Luther sollte wohl diese Informationen nach oben weitergeben, denn für sich selbst wird er sie kaum gebraucht haben. Durch Rademacher dürfte er über die Zusammenhänge im Bild gewesen sein.<sup>63</sup> In der Sassen-Runde gibt Eichmann den Hinweis, dass er im Einverständnis mit Rademacher mehrfach gegen den Außenminister solche ‚jesuitischen‘ Intrigen getätigt habe, wenn es galt, eine „Sache zu torpetieren [sic]“. In derartigen Situationen, in denen die „Gefahr des Verwerfens durch den Minister gegeben“ gewesen wäre, habe er einen solchen Brief „preventif“ [sic] vorbereitet. Darin sei dann, z. B. von Heydrich unterzeichnet, auf „Fuehreranordnungen“ verwiesen worden, „denen sich auch ein von Ribbentrop nicht entziehen konnte“.<sup>64</sup> Es ist sichtlich das Schreiben vom 29.10.40, auf das Eichmann hier anspielt.

59 Peter Longerich, *Hitler. Biographie*, München 2015.

60 Teschner, S. 84. Longerich sieht allerdings zwischen der Aussage des Heydrich-Dokuments und Rademachers geänderter Formulierung keinen substantiellen Unterschied – m. E. zu Unrecht. Hitler, so resümiert Longerich, habe die Aktion „ausdrücklich gebilligt“, sie könne „als eine späte Konsequenz des Madagaskarplans angesehen“ werden [Longerich, *Hitler*, S. 737 – *Hervorh. MH*] – diese Verstärkung verkehrt m. E. das Motiv von Rademachers Korrektur.

61 Ein Kommando der britischen Luftwaffe versenkte am 3. Juli in Mers-el-Kébir einen Teil der französischen Flotte, da sie nicht den Deutschen in die Hände fallen sollte [Hans Jansen, *Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar*, München 1997, S. 327].

62 Der amerikanische Historiker Richard Breitman stellt dazu fest: „Um diese Zeit waren die Hoffnungen, die man einst auf Madagaskar gesetzt hatte, geschwunden. ... Der Madagaskar-Plan erfüllte aber weiterhin einen Zweck. Er gewöhnte die Behörden an den Gedanken, daß die Juden irgendwohin abgeschoben werden sollten“ [Richard Breitman, *Heinrich Himmler. Der Architekt der Endlösung* (NY 1991) Zürich 2000, S. 197].

63 Über die Zusammenarbeit Eichmanns mit Rademacher ausführlich: Browning, *Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt*, S. 63 ff.

64 SI, Bd. 5, 3f. Auch am Wortlaut („Anordnungen“) ist ablesbar, dass Eichmann, der ein bemerkenswert gutes Gedächtnis für Formulierungen hatte, den Heydrich-Brief an Luther meint. Eichmann scheint in dieser Zusammenarbeit auch die Richtung vorgegeben zu haben: „Rademacher war im Gegensatz zu von Thadden [seinem Nachfolger in dieser Funktion] ein Mann, der etwas bequem war und der sich auch seine Sache ein bisschen bequem machen wollte und froh und dankbar war, wenn er von mir den ungefähren Text fuer die Verbal-Noten bekam, die er dann nur noch in den diplomatischen Stil umzuformen brauchte und die Sache war dann erledigt fuer ihn“ [SI, Bd. 33, 7].

Ribbentrop ließ sich beeindrucken und gab tatsächlich am 22.11. die „Direktive“ aus, die französischen Anfragen und Proteste „dilatorisch zu behandeln“ – mit dem Zusatz: „Die Rückübernahme dieser Personen ist auf jeden Fall auszuschließen“. <sup>65</sup> Eichmann berichtet im Prozess über Rivalitäten zwischen Heydrich und Ribbentrop, die sich besonders um die Federführung beim Madagaskar-Projekt entwickelt hatten. <sup>66</sup>

Gegen die Auffassung, dass ein Weitertransport nach Madagaskar tatsächlich geplant, ja sogar der „Hintergrund für die Oktoberdeportation“ gewesen sei, spricht auch die Altersstruktur der nach Frankreich transportierten Menschen. Sie entsprach in keiner Weise den Anforderungen für dieses ohnehin illusionäre und überdimensionierte Vorhaben. In den badischen Gemeinden waren „die jüngere Generation und die Männer bereits ausgewandert“. <sup>67</sup> Hinzu kommt die körperliche Verfassung eines nicht geringen Teils der Deportierten, worüber Teschner bemerkt: „Was die Transportfähigkeit der Abzuschiebenden betraf, so wurde dieser Begriff von den ausführenden Organen ... sehr großzügig ausgelegt“. <sup>68</sup> Mit dieser Auswahl hätte der Auf-

bau des ehrgeizigen Ansiedlungsprojekts schwerlich angegangen werden können.

Die Transportzüge der östlichen Rheinseite wurden in Mulhouse zu einem Transport zusammengeführt. Wichtige Sammelorte waren Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Baden-Baden, Offenburg, Freiburg und Konstanz. Aus den Orten des Bodensee-Gebiets konnten sich nicht wenige Menschen in Sicherheit bringen, weil die Grenze von Schweizer Seite nicht so abgeriegelt war wie einige Zeit später und weil mutige Helferinnen und Helfer zur Stelle waren. <sup>69</sup>

Hauptsächlich wurde die Erfassung, Sammlung und Begleitung von der Polizei durchgeführt. Alle Polizeisparten waren beteiligt, dazu Gestapobeamte in Zivil. <sup>70</sup> Diese, oft aus der Polizeilaufbahn zur Gestapo gekommen, fielen nicht durch ideologisch geprägten Übereifer auf. Andererseits wird über Härte und Schikanen berichtet, obwohl – um keine Unruhe aufkommen zu lassen – entsprechende Anweisungen dies verhindern sollten. <sup>71</sup> Ein einheitliches Bild ist nicht möglich.

65 Zit. nach Teschner, S. 83; Sauer, S. 247; s. a. Browning, Entfesselung, S. 145.

66 In der 77. Sitzung am Do, 22.06.61 spricht Eichmann von „manifestations of rivalry“.

67 Beide Zitate: Limbacher, S. 17 bzw. 20; s. a. Sauer, S. 233. Genauere Angaben finden sich in dem Bericht des Mannheimer Gemeindevorstehers Eugen Neter, der eigentlich durch seine Mischehe befreit, aber trotzdem mitgefahren war: „60% der Baden-Pfälzer waren über 60 Jahre alt. ... In den ersten 6 Monaten starben 138 Baden-Pfälzer im Alter von über 80 Jahren. Diese Überalterung, diese Vergreisung im Altersaufbau der Baden-Pfälzer muß man sich stets vor Augen halten, wenn man ein richtiges Verständnis für die Vorgänge im Lager gewinnen will. Und noch eine zweite Tatsache beachte man: Das überwiegen [sic] des weiblichen Geschlechtes. Von den ungefähr 7.000 Baden-Pfälzern waren 4.500, also fast zwei Drittel, weiblichen Geschlechtes“ [zit. nach: Hans-Joachim Fliedner, *Die Judenverfolgung in Mannheim 1933-1945*, Stuttgart u. a., 1997, S. 312f].

68 Teschner, S. 75.

69 Beispiele in: Johannes Rau (Hg.), *Hilfe für Verfolgte in der NS-Zeit*, 2002.

70 Dazu und über die Beteiligung der Gestapo s. a. Michael Stolle, *Die Geheime Staatspolizei in Baden*. Personal, Organisation, Wirkung und Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde im Dritten Reich, Konstanz 2001, S. 245f. In dem Heft der LpB BW, „Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“, wird die Rolle der Gestapo richtig gesehen, allerdings ihr Mitwirken – statt auf eine Weisung Himmlers – auf einen direkten Befehl Heydrichs zurückgeführt. Hier liegt ein Missverständnis der erwähnten Todenhöfer-Notiz vor [s. o., zu Anm. 19].

71 Ein für die Pfälzer Polizei ausgegebenes Merkblatt wies die Polizisten u. a. an: „Es ist unbedingt erforderlich, daß die Juden bei der Festnahme korrekt behandelt werden. Ausschreitungen sind auf jeden Fall zu verhindern“ [zit. nach Teschner, S. 73]. Dass eine solche Vorgabe auch in Baden bestand, ist anzunehmen, da diese Parole den Erfolg der Auswanderungspolitik sichern sollte. Es ist einleuchtend, dass die drei involvierten Gestapo-Leitstellen Karlsruhe, Neustadt und Saarbrücken auf Richtlinien aus vorangegangenen Deportationen zurückgriffen [Wolf Gruner, *Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945)*, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland*, Göttingen 2004, S. 42].

An die Überfahrt über den Rhein bei Neuf-Brisach erinnert sich Lili Reckendorf: „Bald verlangsamte der Zug mit seinen mehr als vierzig Wagen die Fahrt und lenkte vorsichtig über die kaum geflickte Eisenbahnbrücke ins Elsaß“.<sup>72</sup> Dass sich die Reichsbahn französischer Waggons bediente,<sup>73</sup> erklärt sich, da dieses Wagenmaterial wohl in Frankreich verblieb. In Mulhouse mussten die maximal erlaubten 100 RM in Francs umgetauscht werden, wobei, wie auch bei den Pfälzer Zügen, nicht alle den festgelegten Umtauschbetrag ausbezahlt bekamen.<sup>74</sup> In Chalon-sur-Saône als letztem Bahnhof im besetzten Frankreich verließ das Begleitpersonal die Züge, nachdem die Verhandlungen Stunden in Anspruch genommen hatten.<sup>75</sup> Hier erst war Eichmann in Erscheinung getreten, um die Freigabe der Signalblockierung zu erreichen. Wo die Lokführer ersetzt wurden, die mit LKW zurückgebracht wurden, ist nicht bekannt.

Für den Transfer ins Vichy-Frankreich – denn dort, nicht im besetzten Gebiet, sollten die Abgeschobenen ja abgeladen werden – war Eichmann an unbedingtem Gelingen gelegen. Im Fall der Rück-Abschiebung hätte er für eine Unterbringung in einem deutsch kontrollierten Kon-

72 Reckendorf [Bosch, S. 275].

73 In Karlsruhe stand, wie sich Else Kotkowski erinnert, am Bahnsteig „ein riesig langer Zug französischer 3.-Klasse-Wagen“ [Werner, S. 311]. In Konstanz war schon Tage vorher ein Zug mit (deutschen) Vierte-Klasse-Wagen auf dem Güterbahnhof bereitgestellt [Tobias Engelsing in: ZEIT 42, 15. Oktober 2015], der dann nur bis Singen a. H. fuhr, wo bereits ein Zug mit französischen Wagen wartete.

74 Das führte dazu, dass „die Deportierten der letzten Transporte ... zum Teil nicht mehr die zugesagten 2000 Francs für ihre 100 Mark“ bekamen, wie Althausen aus Mannheim berichtet. Andere, wie Ida Loeb, bekamen ihr Geld – sie hatte 400 RM bei sich – gar nicht eingewechselt. Im „Karlsruher Bericht“ heißt es kurz: „Geldbeträge zwischen 10 und 100 Reichsmark durften mitgenommen werden und wurden, soweit vorhanden, in französische Franken umgewechselt“ [Sauer, S. 243].

75 Werner, S. 312f.; nach dem Bericht von Hanna Meyer-Moses [S. 33] mussten die „Sonnenrollos“ heruntergelassen und Stille gewahrt werden. Althausen erzählt: „Ein SS-Mann sagte uns noch: ‚Also ich kann euch jetzt nur eines wünschen: Gute Gesundheit!‘“.

zentrationenlager sorgen müssen.<sup>76</sup> Er war sich bewusst, „dass es fuer die Juden und auch fuer mich selbst schlecht ausgegangen waere, wenn diese Transporte stecken geblieben waeren. Denn dann haetten sie nicht mehr vor und nicht mehr ... zurueckgekonnt“.<sup>77</sup> Ein aufnahmebereites deutsches Lager zu finden, wäre selbst Eichmann, der im Dezember 39 zum Sonderreferenten Heydrichs „für die ... Räumung im Ostraum“ ernannt worden war, nicht problemlos möglich gewesen. Die schlechten Erfahrungen, die er schon bis dahin mit regionalen Machthabern im Osten gemacht hatte, wiederholten sich auch in den folgenden zwölf Monaten.

Eichmann sagt, es sei ihm „striktestens“ eingeschärft worden, dass die Züge „nirgends auf besetztem Teil Frankreichs stehen bleiben“. Er selbst war mit dem Auto gekommen. Die entscheidende Situation erinnert er so: „An dem Grenzbahnhof ... angekommen, musste ich erkennen, dass die Aufgabe schier unloeslich war, ... Personenwagen hier ueber eine Demarkationslinie zu schieben. Erstens war die Demarkationslinie ja durch Polizei bewacht. Auf unserer Seite, d. h. auf besetztem Gebiet interessierte mich das weniger, aber das unbesetzte Gebiet war zu beachten, denn dort waren die Franzosen ja autonom und konnten ihrerseits entscheiden“. Für ihn war sofort klar, dass etwas schiefgelaufen war: „Das Reich hat mit Frankreich irgendwie ja doch festgelegt, dass es die Demarkationslinie zum unbesetzten Teil in irgendeiner Form respektiert“. Er wisse nicht mehr, „wie ich auf die Idee kam, diese Transporte dem Bahnhofsvorsteher auf dem letzten Bahnhof des besetzten franz. Teiles als ‚Wehrmachtstransporte‘ zu deklarieren und woher ich in Erfahrung brachte,

76 Im Prozess sagt Eichmann in der 77. Sitzung am 22.06.61, er hätte in diesem Fall die Juden zurückführen müssen („to lead these Jews back“); man hätte ihn dann angewiesen, „where they were to sent to, into which concentration camp“ [s. o., Anm. 22].

77 TAE 7, 144 ff.; dort auch die folgenden Zitate.

dass solche Transporte passieren koennen und wie der Bahnhofsvorstand mir die ganze Angelegenheit ueberhaupt glaubte, als er die Transporte sah und weitersignalisierte“. Sichtlich stolz fügt er hinzu: „Nach Passieren des letzten Zuges weiss ich heute noch, wankte ich schier in Schweiss gebadet in meinem [sic] Wagen, fuhr schleunigst weg von dem Ort dieses Schauplatzes, um [Gestapochoef] Mueller zu melden, dass die Sache erledigt ist“.

Erledigt war damit nur Eichmanns spezieller Auftrag, die Kooperation mit der Reichsbahn zu organisieren. Er selbst musste sich zumindest mit Luther und Rademacher abstimmen. Doch sieht er vorrangig Himmler gefordert, der, von Wagner gedrängt, letztlich die Bewilligung erteilt und das Ziel bestimmt habe. Schließlich wurde noch der deutsche Botschafter Otto Abetz einbezogen.<sup>78</sup>

Der Völkermord, die systematische Ermordung der europäischen Juden begann im März 1942. Von da an verstärkte Eichmann den Druck auf Vichy, die ca. 200.000 französischen Juden auszuliefern. Doch das wurde von den Franzosen verweigert, was Eichmann als persönliche Niederlage betrachtete. Stattdessen überließ man ihm die internierten und die als Flüchtlinge in Frankreich sich aufhaltenden Juden. Die Verbliebenen der Oktober-Deportationen, denen Auswanderung oder Flucht nicht möglich gewesen war, saßen nun in der Falle. Eichmann begriff erst spät, dass er nur diese staatenlosen, nicht aber die französischen Juden bekam. Selbst seine zwischenzeitliche Drohung, Frankreich als „Abschubland“ ganz fallen zu lassen, hatte die französische Hinhaltetaktik nicht beeinflussen können, was ihn im Sassen-Interview sagen lässt:

„Ich habe schon damals gesagt, Frankreich ist immer ein faules Ei gewesen“.<sup>79</sup>

### *Eine mutige Widerstandshandlung: Pfarrer Heinrich Grüber alarmiert den französischen General Doyen.*

So kurz die Zeitspanne für Unterstützung, organisierte Hilfsaktionen und für Widerstandshandlungen war, so kann doch die Behauptung des Heydrich/Eichmann-Berichts nicht stehen bleiben, die Bevölkerung habe den „Vorgang der Aktion ... kaum wahrgenommen“. Auf der einen Seite gab es nicht wenige Hassbekundungen und feindselige Aggressionen, wie sie die 9-jährige Margot Schwarzschild und ihre Schwester in Kaiserslautern erlebten: „Am späten Abend wurden wir dann zum Güterbahnhof getrieben, durch eine Unterführung, in der die Hitlerjugend der ganzen Stadt Spalier stand, uns verhöhnte, beschimpfte und anspuckte. Wir kamen uns vor wie der Abschaum der Menschheit“.<sup>80</sup> Es gehört auch zum Gesamtbild, was Berty Friesländer-Bloch nicht verschweigen will, dass „die Fanatischsten“ in diesen Jahren „die sog. Frauenschafoten waren“. Sie fügt hinzu, diese hätten auch nach dem Krieg „weder Scham noch Reue für ihr unrühmliches Tun“ gezeigt.<sup>81</sup> Aber es gab auch die beiden Mannheimer Frauen am Straßenrand, von denen Althausen erzählt, „die Taschentücher an den Mund preßten und im Vorbeigehen uns zuflüsterten: ‚Für das werden wir noch einmal büßen‘“. Es gab den Bürgermeister von Gailingen, der von der Rathaustreppe in Mussolini-Pose höhnte: „So Friesländer, jetzt geht’s ins ge-

78 Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt, Darmstadt 2010, S. 66.

79 Beide Zitate: SI, Bd. 53, 4. Es handelt sich beim ersten Zitat um eine aus Reitlinger [S. 367] vorgelesene Passage; im Transkript steht – wohl ein Hörfehler –: „Abfuhrland“.

80 Wicki-Schwarzschild [Anm. 71], S. 22.

81 Berty Friesländer-Bloch, in: Eckhardt Friedrich/Dagmar Schmieder (Hg.), Die Gailingen Juden, Konstanz 1981, S. 115.

lobte Land“.<sup>82</sup> Und es gab den Mingolsheimer SA-Bürgermeister Bertsch, der sich genierte, „diesen jüdischen Männern und Frauen unter die Augen zu treten. Offensichtlich war er wegen dieser Aktion zutiefst beschämt und sehr niedergeschlagen. Er sprach an diesem 22. Oktober 1940 kein einziges Wort mehr“.<sup>83</sup>

Von Seiten der Kirchen gab es Bemühungen, die meist ins Leere liefen. Was aber lange übersehen wurde, war die nicht geringe Zahl der „Stillen Helfer“, die – von Mannheim bis Konstanz und ebenso in der Pfalz – das ihnen Mögliche riskierten.<sup>84</sup> Darunter waren auch örtliche Mitwirkende, auch Funktionsträger und Polizisten. Katja Limbächer hebt den Freiburger Kriminalpolizisten Fritz Schaffner hervor. Dieser riskierte viel, als er „seinen von Amts wegen bestehenden Informationsvorsprung couragiert ... nutzte“, um dem befreundeten Gustav Judas und dessen Familie zum rechtzeitigen Untertauchen und danach zur Ausreise zu verhelfen.<sup>85</sup>

Besondere Erwähnung verdient der Heidelberger Pfarrer Hermann Maas, der als „Judenpfarrer“ einen guten Namen hatte und von vielen Verfolgten um Rat und Hilfe gebeten wurde. Weniger bekannt im Zusammenhang des 22. Oktober ist das Engagement seines Berliner Kollegen Heinrich Grüber, der noch am selben Morgen von Maas informiert wurde. Maas berichtet von Anrufen jüdischer Freunde aus Mannheim und seinen Überlegungen, was getan werden könnte. „Sehr schnell konnte ich schon feststellen, daß an dem Befehl nichts mehr zu ändern war“. Er habe an Grüber telegraphiert, seinen „Mitkämpfer und Freund, ob er in Berlin etwas erreichen könne“. Dieser habe geantwortet, „dass

wir machtlos seien. Es sei eine Sonderaktion für Baden und die Pfalz“.<sup>86</sup>

Nicht einmal Maas wusste, dass Grüber doch handelte und den richtigen Weg fand, indem er umgehend – durch Kurier – die französische Delegation bei der Waffenstillstandskommission benachrichtigte, an deren Spitze der General Paul-André Doyen stand. Dieser reichte schon am 23.10., als die Transporte noch nicht im unbesetzten Frankreich angekommen waren, eine erste Beschwerde beim Kommissionschef General Stülpnagel ein.<sup>87</sup> Seine fortgesetzten telefonischen und schriftlichen Eingaben und der gleichzeitige Widerspruch seitens der Vichy-Regierung erzielten Wirkung. Doyens weitestgehende Forderung im Auftrag Vichys lautete: „Die französische Regierung kann in der Tat diesen Ausländern nicht länger Asyl gewähren. Sie beantragt dringendst, daß die Reichsregierung unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen trifft, damit die Betreffenden nach Deutschland zurück befördert und die während ihres Aufenthalts in Frankreich verursachten Auslagen zurück bezahlt werden“.<sup>88</sup> Es ist gut möglich, dass weitere eventuell geplante Deportationen, wie sie im „Karlsruher Bericht“ als beabsichtigt erwähnt sind, wegen der deutlich gewordenen Weigerung Frankreichs nicht mehr stattfanden.

Grüber organisierte – mit Hilfe der später als Verschwörer inhaftierten und noch kurz vor Kriegsende hingerichteten Abwehroffiziere Hans Oster und Hans v. Dohnanyi – eine Sendung mit Geld, Lebensmitteln und Medikamenten nach Gurs. Bevor er sich auch selbst dorthin auf den

82 Ebd., S. 117.

83 Stude, S. 289.

84 Es fehlt hier das Saarland, aus dem mir keine Berichte bekannt sind.

85 Katja Limbächer [Anm. 7], S. 22.

86 Giovannini, S. 22. Grüber engagierte sich im Sinn der Bekennenden Kirche für die getauften Juden. Für die Leitung war zunächst Maas vorgesehen, der aber das als Vermittlungsstelle auch vom Innenministerium anerkannte „Büro“ in Heidelberg einrichten wollte. Maas machte sich Vorwürfe, dass er selbst „nicht freiwillig mitgefahren war“ [Teschner, S. 76], wie es dann auch Grüber vorhatte, um in Gurs zu helfen.

87 Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt, S. 65.

88 Sauer, S. 245.

Weg machen konnte, um den Menschen beizustehen, wurde er – am 19.12.40 – von der Gestapo verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert.<sup>89</sup> Schon im Frühjahr, als er sich gegen die Deportation der Stettiner Juden gestellt hatte, war Grüber im Auftrag Eichmanns vorgeladen und mit der Anschuldigung konfrontiert worden, er habe „unerlaubterweise gegen Maßnahmen der Regierung und der Partei protestiert“. Das war, wie Grüber als Zeuge im Eichmann-Prozess berichtet, mit der Drohung verbunden, „das wäre das letztemal; man würde mir dann das Handwerk legen“. Auf seine Erwiderung: „Solange ich reden kann, werde ich reden, solange ich arbeiten kann, werde ich arbeiten“, habe man ihm geantwortet: „Man hat auch die Möglichkeit, Männern wie Ihnen das Handwerk zu legen“.<sup>90</sup>

Im Sassen-Interview erinnert sich Eichmann genau an die Begegnungen mit Grüber. Dieser sei „ein normaler Pfarrer“ gewesen, „der ein Steckenpferd hatte, Betreuung von nicht-arischen Christen“. Und er spricht auch das Dilemma eines solchen Engagements an: „Waere er dabei verblieben, denn jene hatten ja eine Art Sonderstellung eingenommen, dann waere es ja gut gewesen, aber wie es so kommt und das hat Grüber<sup>91</sup> sicher auch nicht erkannt, deswegen hatte ich ja die vielen, vielen Ermahnungen, die man fast als Langmut auslegen koennte, wenn man nicht den Sachverhalt wuesste. Ich musste das machen weil mir bekannt war, dass bei einer solchen Sa-

che Betreuung von nicht-arischen Christen, hier in der Praxis zu oft der Fall ist, dass aus der Verwandtschaft dieser nicht-arischen Christen hier auch Personenkreise miterfasst werden, durch so einen Mann, die an sich nach dem Gesetz nicht in einen privilegierten [*sic*] Stand zu rücken sind. Ist das klar?“<sup>92</sup>

Grübers Vorsprachen hatte Eichmann bis dahin gern genutzt, weil sie ihm halfen, Fehlentscheidungen zu vermeiden, die ihm lästige bürokratische Vorgänge zur Folge haben konnten. Ende 1940 scheint er aber ohnehin entschlossen gewesen zu sein – oder er nutzte die Gelegenheit –, die Arbeit des „Büro Grüber“ zu zerschlagen. Grübers Stellvertreter Werner Sylten überlebte das Konzentrationslager nicht. Auch von Grüber war Eichmann überzeugt gewesen, dass er nicht mehr freikommen würde. Er war am 16. Mai 1961 regelrecht überrascht, als Grüber im Zeugenstand seine vorzeitige Entlassung erwähnte, die im Sommer 1943 von höherer Stelle genehmigt worden war.

Der Hass, den Grüber bei seinen Begegnungen mit Eichmann hinter aller Verbindlichkeit wahrnahm,<sup>93</sup> gehört zur Charakteristik des Judenverfolgers. „Die Persönlichkeit dieses Mannes ist in ihren bedeutsamsten Zügen aus seinem untergründigen, oft verdeckten Hass zu erklären“, stellt der Psychiater Christian Spengler kritisch in seiner eingehenden und kenntnisreichen Untersuchung über Arendts Eichmann-Verständnis fest.<sup>94</sup>

89 Siehe dazu Grübers Aussage im Eichmann-Prozess und: Heinrich Grüber, Propst Heinrich Grüber, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Berlin 1968, S. 139ff. Grüber selbst erfuhr nie, dass es Eichmann war, der seine Inhaftierung veranlasst hatte.

90 Zit. nach: Dov B. Schmorak (Hg.), Sieben sagen aus. Zeugen im Eichmann-Prozeß, Berlin 1962, S. 104.

91 Eichmanns schlechter Aussprache ist es zuzuschreiben, dass durchgängig im Transkript des Sassen-Interviews „Krueger“ steht; Eichmanns sehr aufschlussreiche Äußerungen über Grüber im SI wurden möglicherweise deshalb bisher übersehen.

92 SI, Bd. 45,3.

93 Bei seinem Zeugenauftritt am 16.05.61 sagt Grüber: „Ich suchte nun immer eine Erklärung für den scharfen Antisemitismus des Angeklagten. Man versucht ja auch, Menschen zu verstehen, nicht wahr? Besonders wenn man dauernd mit ihnen Kontakt hatte. Und das war uns ja das Unverständliche, daß da überhaupt keine Regung des Gefühls da war, mit wenigen Ausnahmen, immer war da nur ein abgrundtiefer Haß, der uns entgegenschlug“ [*Schmorak, Sieben sagen aus, S. 102*].

94 Christian Spengler, „Eichmann schlägt Erschießen vor“. Psychologische Analyse des NS-Verbrechers und kritische Auseinandersetzung mit Hannah Arendt, Gießen 2020, S. 47.

In seinen argentinischen Erinnerungen rechnet Eichmann Grüber namentlich zu den „Interventionisten“, die mit schuld seien, dass „die vielleicht von irgendeiner Stelle vorgesehene oder mir vorgeschwebte Konzeption der wirklichen, umfassenden Eliminierung nicht durchgeführt hat werden können“.<sup>95</sup> Für ihn sind diese Leute „Saboteure“ und „all das Kropfzeug“. Im innersten Gestapo-Zirkel hatte er schon seit 1940/41 wie ein *Ceterum Censeo* mit sich steigender Wiederholung den Standpunkt vertreten, „dass wir erst 500.000 Deutsche an die Wand stellen müessten, dann erst haetten wir das Recht den Gegner abzurasierien“. Er meinte „den Gegner, den ich zu bearbeiten hatte“, die Juden.<sup>96</sup>

Eichmann war durch die Telefonüberwachung, vor allem der Auslandstelefonate, ständig über Grübers Arbeit im Bild. Es waren – wie dessen Eintreten für die Stettiner Juden – existentiell schwerwiegende Situationen, in denen Grüber sich furchtlos einbrachte, wissend, dass er die Verhaftung riskierte, die ihm Eichmann angedroht hatte. Dieser traf hier auf einen Gegenspieler, dessen Zivilcourage ihn nicht unbeeindruckt ließ.

Der Verteidiger Servatius im Prozess 1961 versuchte Grüber zu diskreditieren – was er sich wohl nur bei einem nichtjüdischen Zeugen erlauben konnte –, indem er ihm die rhetorische Frage stellte, warum er Eichmann nicht wenigstens „einmal energisch vorgehalten“ habe, „daß sein Verhalten nicht der Moral entspreche und daß es unmoralisch und unsittlich sei“.

95 Eichmann in der Schlussansprache in Buenos Aires an die Sassen-Runde [zit. nach: *Irmtrud Wojak, Eichmanns Memoiren. Ein kritischer Essay, Frankfurt/M./New York 2007, S. 64*].

96 SI, Bd. 1,8. Diese auch in israelischer Haft noch unverhohlen geäußerte totalitäre Gesinnung und persönliche Brutalität sieht der begutachtende Psychiater Istvan S. Kulcsar als Bestätigung für das Ergebnis des im April 1961 vorgenommenen Szondi-Tests. Diesen hatte Lipot Szondi selbst – anonymisiert, d. h. „blind“ – ausgewertet und das Fazit nach Israel geschickt: „Der Mann ist ein Verbrecher mit einer unstillbaren tödenden Gesinnung“ [*Leopold Szondi, Kain. Gestalten des Bösen, Zürich 1969, 1978*].

In seinem Schlusswort greift der Angeklagte dieses angebliche Versäumnis auf und behauptet, solches nie von Grüber gehört zu haben. Hannah Arendt setzt mit ironischem Unterton noch eins drauf: „Aber der Propst [*sic*], ein mutiger Mann, hatte natürlich nichts dergleichen getan“.<sup>97</sup> Ihre höchst dogmatische These, der oberste Judenbeauftragte des RSHA habe kein Unrechtsbewusstsein gehabt – und hätte deshalb einer entsprechend energischen Ansprache des Pfarers Grüber bedurft –, hat der Rechtswissenschaftler Herbert Jäger überzeugend widerlegt.<sup>98</sup>

Es verwundert nicht, dass Eichmann selbst bis zum Schluss noch eine Chance sah davonzukommen. In seinen diversen Stellungnahmen hält er sich für juristisch unangreifbar. Moralisch weiß er sich schuldig, wenn auch verklausuliert. Denn das kann er nicht offen eingestehen. Im Schlusswort wird sein Unrechtsbewusstsein implizit sichtbar, wenn er von „der staatlicherseits vorgeschriebenen Umkehrung der Werte“ spricht, aber auch relativierend über „Vielheiten der Moral“ philosophiert.<sup>99</sup>

Indem er seine früheren christlich geprägten Wertvorstellungen von der neuen Moral unterscheidet, bekundet er, dass er sich in Bezug auf die traditionellen Werte im Unrecht weiß, die ja auch in seinem Umfeld nicht einfach verschwun-

97 Arendt, Eichmann in Jerusalem, S. 226 (168) – *Hervorh. MH*; Grüber kontert Servatius' Finte mit den Worten: „Wo man das Gefühl hat, daß die Worte abprallen, wie bei einem Pudel das Wasser, dann macht man nicht den Versuch. Im Gegenteil, man hat ja die Sorge, daß man noch die Kluft zwischen den Menschen größer macht“. Ihm sei wichtig gewesen, durch Taten zu überzeugen [*Schmorak, Sieben sagen aus, S. 117f.*].

98 Herbert Jäger, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, Frankfurt/M. 1982.

99 In seinem Schlusswort erklärt Eichmann: „Meine Lebensnorm, die man mich schon früh lehrte, war das Wollen und Streben zur Verwirklichung ethischer Werte. Von einem bestimmten Augenblick an wurde ich jedoch von Staatswegen daran gehindert, nach dieser Forderung zu leben. Aus der Einheit der Ethik mußte ich in eine der Vielheiten der Moral umsteigen“ [zit. nach: *Bernd Nellessen (Hg.), Der Prozeß von Jerusalem. Ein Dokument, Düsseldorf 1964, S. 306*].

den sind. Im Kontrast zu der bekannten These Arendts, die dem bloßen Befehlsempfänger Gedankenlosigkeit und Unfähigkeit zu denken attestiert, hat die Philosophin Bettina Stangneth gezeigt, dass Eichmann sehr wohl über diese Fragen nachdachte. Stangneth billigt dem dogmatischen „Weltanschauungskrieger“ ein „konsequentes Reden auf der Basis eines ganzen Gedankengebäudes“ zu,<sup>100</sup> eine – wie ich es ausdrücken möchte – eigene, auf dem völkischen Denken beruhende sozialdarwinistische Philosophie. In einer Reihe von Äußerungen zeigt Eichmann, dass er sich der Bedingtheit seiner Überzeugungen bewusst war. Nach dem ‚Zusammenbruch‘ habe es freilich sehr lange gebraucht bis zu einer „Radikaländerung in mir selbst“, zu der ihn im September 1959 eigene Überlegungen gebracht hätten.<sup>101</sup> Sehr weit ist er freilich damit nicht gekommen.

### *Abschließende Überlegungen*

Nach den Abschiebungen von über 1.300 Juden aus Schneidemühl und Stettin im Februar 1940<sup>102</sup> waren die Oktober-Deportationen der dritte große Versuch der zwangsweisen Vertreibung aus dem Gebiet des „Altreichs“ in diesem Jahr. Ohne einheitliche Konzeption und unter ungeklärten rechtlichen Bedingungen brachten diese

100 Bettina Stangneth, Eichmann vor Jerusalem. Das unbefehligte Leben eines Massenmörders, Zürich/Hamburg 2011, S. 346.

101 In der Polizei-Anhörung erwähnt er die erste unbemannte (russische) Mondlandung von 1959 und erklärt: „Ab dieser Zeit habe ich nun tatsächlich eine, eine Radikaländerung in mir selbst nicht vorgenommen, sondern kam automatisch beim Überlegen dieser ganzen Angelegenheit, zu der dann auch dieser ganze Komplex gehört, zu dem der ganze Komplex Krieg überhaupt gehört, zu dem der ganze Komplex Nation gehört, Nationalismus gehört und alle diese Sachen. So lang hat das bei mir gedauert. Das muss ich ehrlicher Weise zugeben“ [TAE 8, 1943].

102 Christian Gerlach, Der Mord an den europäischen Juden. Ursachen, Ereignisse, Dimensionen, München 2017, S. 71.

Aktionen für die Täter – im Blick auf die von Hitler herbeigeredete „Endlösung der Judenfrage“ – noch keine konkreten, realisierbaren Perspektiven. Dass die vielfältigen und oft widersprüchlichen Maßnahmen gegen die Juden selten, so wie sie geplant waren, umgesetzt werden konnten, wird immer wieder übersehen. Auch bei der Wahrnehmung des Leidens fehlt es oft an sachgerechter Differenzierung.

An dem Topos der „überfüllten“ Züge lässt sich das anschaulich zeigen. Formulierungen wie ‚hineingezwängt‘, ‚zusammengepfercht‘ sind für die Oktober-40-Transporte überzogen. Da die Zahlen für die Zustiegsstationen vorhersehbar waren, fanden, wie zwei Berichte ausdrücklich feststellen, alle einen Platz. Alle Züge bestanden aus französischen Abteilwagen und gesonderten Gepäckwagen. Außerdem gab es WCs, deren Wasser allerdings nicht nachgefüllt wurde. Die beiden längsten Züge hatten evt. 900 – 1.000 Insassen.<sup>103</sup> Es ist nicht direkt falsch, aber doch zu pauschal, wenn gesagt wird: „Die Züge waren überfüllt, den Menschen fehlten Nahrungsmit-

103 Wenn von Güterwagen, ja von Viehwagen die Rede ist, ist Vorsicht angesagt. Güterwagen kamen bei den Transporten nach dem Osten zum Einsatz, Viehwagen häufiger erst ab 1943 [Foto aus Drancy ohne Jahreszahl bei Werner, S. 494]. Oskar Althausen verneint explizit, dass bei den Mannheimer Zügen Viehwagen verwendet wurden. Er weiß, wovon er redet, denn er und andere arbeitsfähige Männer wurden im Juli 41 mit Viehwaggons zur Sklavenarbeit für die ‚Organisation Todt‘ nach Brest verfrachtet. Auch Hanna Meyer-Moses, die von einer Verteilung der Karlsruher am Nachmittag „auf die Züge“ spricht, betont: „Wir fuhren in Personenwagen, nicht in Viehwaggons, wie bei den späteren Deportationen“. Die Züge aus Mannheim fuhren – anders als Althausens erster, direkter Zug – gezielt die weiteren nord- und mittelbadischen Stationen an.

tel, Wasser und medizinische Versorgung“.<sup>104</sup> Die Realität war schlimm und unerträglich genug, aber wie so oft, auch das Schreckliche ist steigungsfähig. Eichmanns spätere Transporte in die Vernichtungslager des Ostens hatten eine – oft überschrittene – Soll-Kapazität von 1.000 „Einheiten“, wie er sich routinemäßig und menschenverachtend ausdrückt. Und auch das wurde schließlich extrem überboten durch die von ihm organisierten Transporte aus Ungarn zwischen April und Juli 1944. Es ist kaum vorstellbar, wie er in dieser kurzen Zeit in engster Zusammenarbeit mit den beiden fanatischen Judenhassern im ungarischen Innenministerium, László Endre und László Baký, 464.000 Menschen nach Auschwitz schaffte. Eichmann kann sich freilich nicht herausreden, er sei nicht verantwortlich für die Exzesse, die er letztlich nicht leugnen kann. Endre, so gibt er zu, war „einer meiner besten Freunde, die ich je in meinem Leben besessen habe“, und diesem hatte er „versprochen, dass kein Jude mehr lebendig in dieses Land

104 Limbacher, S. 26. Im Bericht von Lili Reckendorf werden mitdeportierte Ärzte namentlich genannt, die sich um Kranke, aber auch um nicht wenige Notfälle kümmerten. Getränke und Versorgung mit Wasser waren knapp. Die Verpflegung hing stark davon ab, ob ausreichend Nahrungsmittel und Getränke mitgenommen wurden. Die „Leute von Breisach“ („sie hatten das Rückwandern als Kriegsfolge genügend ausprobiert“), schreibt Lili Reckendorf, „hatten für ihre Mägen so vorgesorgt wie ich nicht und daß es bis Amerika hätte langen sollen“. Als aber gegen 7 Uhr morgens in Mulhouse die Lautsprecherdurchsage kam, „daß es Suppe gebe“, waren „diese Bekanntmachungen ... in entwürdigendem Ton gehalten. Der Sprecher gab uns mit Wonne auch diesen Stoß. Bekannte hörten, wie er ansagte, die Juden hätten Löffel und Teller zurückzugeben und nicht zu stehlen“. Die Suppe, von (ihr bekannten) „Lahrer Mädchen gereicht“, „war an sich eine gute Brühe mit Teigwaren und Fleischbrocken“, aber: „Das war nun für die rituellen Juden ein Schlag ins Gesicht, Hunger hatten alle, besonders auf etwas Warmes, und nun konnten sie’s vor Abscheu kaum hinabwürgen. Die Leute sind so gewöhnt und erzogen, daß sie solch ein Gericht wörtlich als unrein und als unrein zubereitet empfinden“ [Bosch, S. 275f].

zurückkommt“.<sup>105</sup> Im Generalgouvernement, auf kürzeren Strecken und vielleicht mit längeren Zügen, wurde auch die Zahl von 3.000 Menschen pro Zug noch weit übertroffen.<sup>106</sup>

Allgemein wird man sagen können, dass die Situation in den Lagern von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr, ebenso von Westen nach Osten, immer entsetzlicher und katastrophaler wurde. Die Schrecken von Gurs mit denen von Auschwitz zu vergleichen oder die von Natzweiler-Struthof, Dachau, Buchenwald, Mauthausen mit den gleichen Worten zu beschwören, sagt daher wenig aus. Es gilt jeweils genau zu beachten, von welcher Zeit und konkreten Situation die Rede ist.

Wenn Grüber sagt, er und seine Mitarbeiter (und Mitarbeiterinnen) hätten „vom ‚Camp de Gurs‘ die furchtbarsten Nachrichten“ erhalten, trifft das auf die damalige Situation im Herbst 1940 zu,<sup>107</sup> in der die Sterberate situativ bedingt sehr hoch war. Doch Fluchten waren möglich und es gab Auswanderungsmöglichkeiten, sofern man sich in Karlsruhe bei der Reichsvereinigung der Juden oder später bei deren deutscher Vertretung in Paris, ebenso auch durch private Unterstützung, Papiere beschaffen konnte.<sup>108</sup>

Nach Teschners Feststellungen haben 28–30% der Abgeschobenen bis zum Ende des 2. Weltkriegs überlebt, eine aus Sicht der Betroffenen

105 SI, Bd. 12,2 u. 13,10. Das zweite Zitat ist ein Argument Eichmanns aus den Verhandlungen mit dem zionistischen Anwalt Reszö Kasztner, der ihn aufforderte, die „Mühlen in Auschwitz“ zu stoppen [Reszö Kasztner, *Der Kastner-Bericht über Eichmanns Menschenhandel in Ungarn* (Vorwort von Carlo Schmid), hg. Ernest Landau, München 1967, S. 105 u. 110].

106 Stephan Lehnstaedt, *Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt*, München 2017, S. 70, schreibt über die Transporte aus Warschau in diese Lager ab Sommer 1942: „Die vergrößerte Kapazität der nun drei Lager ermöglichte Züge mit bis zu 6.000 ‚Passagieren‘, deren Reisegeschwindigkeit wegen der vielen Waggons nicht mehr als 50 Stundenkilometer betrug“.

107 Schmorak, S. 107. Grüber weiter: „Die Unterbringung war unter den furchtbarsten hygienischen und sanitären Verhältnissen“.

108 Siehe Sauer, S. 234.

schockierende Bilanz. Es gilt aber auch festzuhalten, „daß dieses Überleben das Ergebnis des eigenen Überlebenswillens der Betroffenen, der vielfältigen Hilfe der internationalen Organisationen ... und auch der, wenn auch nicht immer sehr stark ausgeprägten, Aufnahmebereitschaft der verschiedenen Auswanderungs- und Flüchtländer, nicht zuletzt auch der menschlichen Hilfe eines Teils der französischen Bevölkerung war“.<sup>109</sup>

Von den achtzehn Deportierten aus Bretten überlebten die Strapazen des Lagers Gurs zunächst vierzehn Menschen (zwei waren im Lager gestorben und zwei weitere im Krankenhaus in Pau). Aber letztlich konnten sich nur fünf retten. Die neun in Gurs Zurückgebliebenen wurden in das Vernichtungslager Auschwitz gebracht und dort ermordet. Für die 13 Opfer wurden in Bretten Stolpersteine verlegt. Zusammen mit den bei den Euthanasie-Verbrechen und späteren Deportationen umgekommenen Brettener Juden sind es 34 Schicksale, die von dem Lehrer Dirk Lundberg und engagierten Schülern des Brettener Melancthon-Gymnasiums erforscht und in Erinnerung gerufen wurden.

Die tägliche Realität, das unsagbare Erleben der Opfer und die sogar in (wenigen) Täter-Aussagen angesprochenen Entsetzlichkeiten lassen sich schwer nachvollziehen. Heinrich Grüber antwortet als Zeuge im Eichmann-Prozess auf die Frage nach seinen eigenen Erlebnissen im Konzentrationslager, er wolle nicht über sich selbst reden. Angesichts dessen, was die große Zahl der jüdischen Opfer erlitten habe, sei das nicht erwähnenswert. Direkt an die israelischen Zuhörer gewandt, gelingt dem Siebzigjährigen eine eindruckliche Antwort auf die Frage nach der moralischen Dimension der Verbrechen, die von Deutschen an den im Machtbereich der Nazi-herrschaft lebenden jüdischen Mitbürgern begangen wurden: „Ich darf noch sagen, es ist ja

viel von dem großen Leid die Rede gewesen, ich habe es zum Teil aus der Presse verfolgt, aber wir ahnen, daß das, was bekanntgeworden ist, nur ein Bruchteil ist von dem, was wirklich geschah. Die größten Grausamkeiten, die größten Brutalitäten sind ja nie offenkundig geworden. Da war kein Zeuge, da war kein Aktenstück, das vollzog sich in den Bunkern, die Menschen sind lebendig beerdigt worden, die können ja nicht reden, die werden zwar in der Ewigkeit reden und darum müssen Sie verstehen, daß ich über diese Dinge nicht spreche. Es war so, daß Dantes Inferno ja eine Hölle war, aber in Dantes Inferno, da konnten die Menschen noch weinen und klagen; Millionen sind umgekommen, die nicht weinen und klagen konnten, die mehr erlebten als Dantes Inferno“.<sup>110</sup>

### *Zusammenfassung*

Bei der Abschiebung der jüdischen Bevölkerung Badens, der Pfalz und des Saarlands am 22. Oktober 1940 nach Südfrankreich handelte es sich um zwar terminlich abgestimmte, aber eigenständig durchgeführte Aktionen. SS-Chef Himmler genehmigte, dass die beiden südwestdeutschen Gauleiter Wagner und Bürckel mehr als 6.500 jüdische Einwohner mit deutscher Staatsbürgerschaft weitgehend recht- und schutzlos über die französische Grenze schafften.

Unter der Regie der Gestapo-Leitstellen Karlsruhe, Neustadt a. d. W. und Saarbrücken wirkten auf Anweisung Himmlers alle verfügbaren Polizeikräfte zusammen. Vielfach wurde die Ausweisungsmittelung durch Gestapoleute in Zivil überbracht. Für die LKW-Transporte bekamen die Organisatoren auch die Unterstützung der Wehrmacht.

109 Teschner, S.319f.

110 Schmorak, S.110.

Maßgeblich für die hier vorgelegte Auffassung der Entscheidungsabläufe ist die quellenkritisch gewonnene Neubewertung der drei für diese Ereignisse am häufigsten herangezogenen Dokumente, die von mir als „Heydrich/Eichmann-Bericht“, „Karlsruher Bericht“ und „Todenhöfer-Notiz“ bezeichnet werden. Die folgenden Entscheidungsschritte markieren den Beginn:

- Wagner erwirkte bei Himmler den Befehl zur möglichst umfassenden Abschiebung der badischen Juden, dem sich Bürckel für die Saarpfalz anschloss.
- Himmler wies die drei südwestdeutschen Gestapo-Leitstellen an, den Einsatz der örtlichen Polizeikräfte zu koordinieren und die Durchführung nach den schon früher erstellten Listen zu organisieren.
- Bürckel nutzte zwei Züge der französischen Staatsbahn SNCF, die in Ludwigshafen und Kaiserslautern bereitgestellt wurden. Wagner musste sich über Himmler an den obersten Judenbeauftragten Eichmann wenden, der für die Anforderung von Reichsbahnzügen durch das Reichssicherheitshauptamt zuständig war. Fünf der sieben badischen Züge wurden in Mannheim aufgestellt, je ein weiterer in Karlsruhe und Singen a. H., wohin ein Zug aus Konstanz die dortigen Juden brachte. Von Güter- oder gar Viehwagen kann nicht die Rede sein, die Wagen waren auch nicht plombiert.

Gerhard J. Teschner hat ermittelt, dass aus Baden 5.586, aus der Pfalz 826 und aus dem Saarland 145, insgesamt 6.557 jüdische Einwohner deportiert wurden.

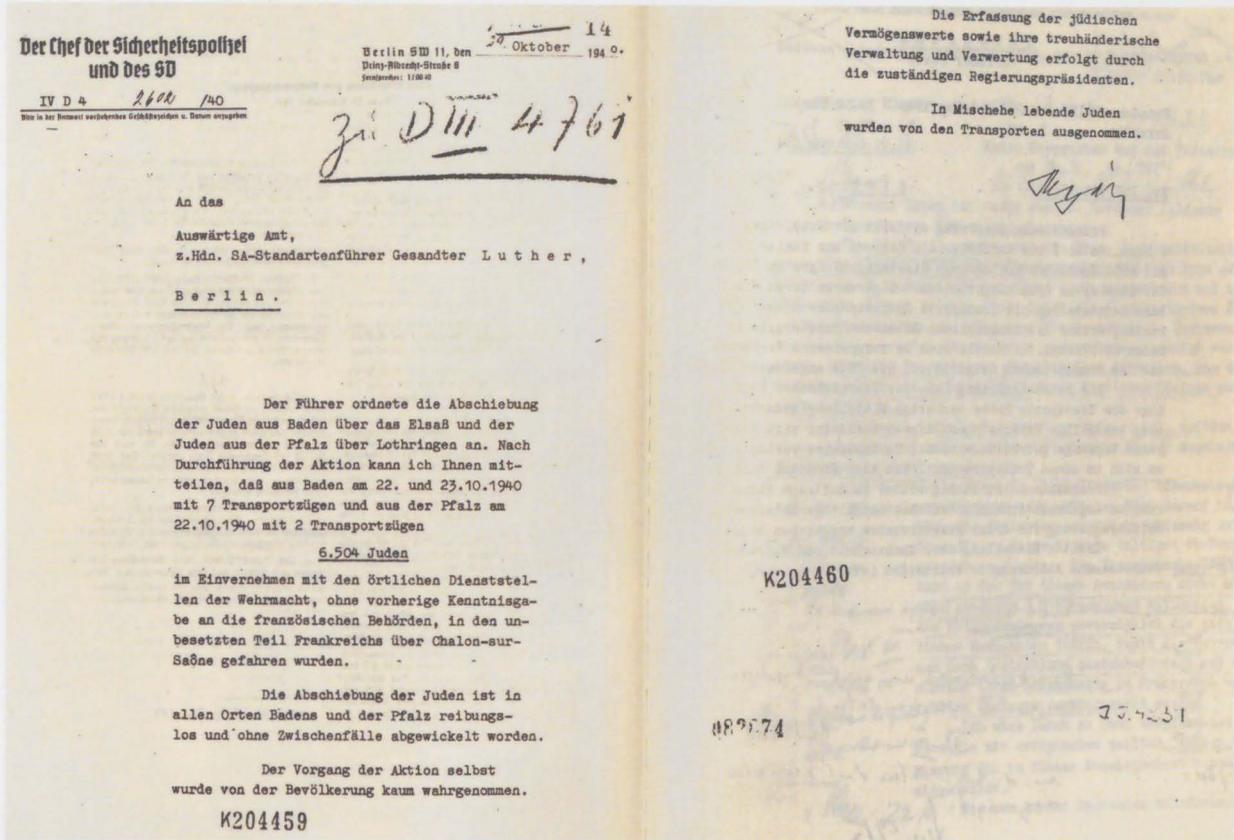
Der vielfach als amtliches Dokument aufgefasste Heydrich/Eichmann-Bericht vom 29.10.40, adressiert an AA-Unterstaatssekretär Luther, wurde von Eichmanns Dienststelle IV D 4 ange-

fertigt. Zweck war, mit der Unterschrift Heydrichs und dem Verweis auf einen angeblichen Führerbefehl den Außenminister Ribbentrop davon abzuhalten, auf die französischen Proteste Rücksicht zu nehmen. Der Text spricht irreführend von einer abgeschlossenen und „reibungslos“ gelungenen Aktion. Die hervorgehobene und oft in Literatur und Medien übernommene Zahl von 6.504 Deportierten ist zu niedrig angesetzt.

Durch die Zuschreibung des „Karlsruher Berichts“ an die Gestapo wird der schon im Titel des Beitrags angedeutete Konflikt zwischen der demokratiefernen, aber bedingungslos staatsloyalen Polizei-Mentalität der Gestapo und der totalitären Willkür der Gauleiter sichtbar.

Die Abschiebungen waren nicht mit der Vichy-Regierung abgestimmt und auch der Waffenstillstandskommission nicht vorab gemeldet worden. Die anhaltenden Proteste von französischer Seite begannen schon am nächsten Tag. Ausgelöst wurden sie durch den Berliner Pfarrer Heinrich Grüber, der noch am Morgen des 22. Oktober von seinem Heidelberger Kollegen Hermann Maas informiert worden war und – im Wissen, dass die Transporte nach Südfrankreich gingen – mit dem französischen General Doyen den richtigen Adressaten alarmierte.

Aus der Sicht der damals noch gültigen Politik der „forcierten Auswanderung“ und der wenig aussichtsreichen Suche nach territorialen Ansiedlungsmöglichkeiten war die gesamte Aktion kein Erfolg, da die Deportierten weder in Frankreich bleiben konnten noch für andere Aufnahmeländer gesorgt war. Die französische Regierung sah sich unvorbereitet einer so gut wie unlösbaren Aufgabe gegenüber. Dass sie zunächst eines der provisorischen Strandlager bei Perpignan für die südwestdeutschen Juden vorgesehen hatte, war bisher nicht bekannt, auch nicht, dass Gurs – wegen verheerender Unwetter in den Ostpyrenäen in letzter Minute als Ausweichlager ausgesucht – selbst aus französischer Sicht nur



Schriftliche Mitteilung des Reichssicherheitshauptamts an das Außenministerium, z. Hdn. Unterstaatssekretär Luther. Die beiden letzten Abschnitte mit der Unterschrift Heydrichs befinden sich im Original auf der Rückseite des Dokuments. (aus: wikipedia.de, public domain 1.0, Hanna Schramm: „Menschen in Gurs. Erinnerungen an ein französisches Internierungslager (1940–1941)“, Verlag Georg Heintz, Worms 1977)

eine Notlösung war. Die Nennung weiterer Ziele wie die erwähnte „Weiterleitung“ nach Madagaskar oder eine etwaige „Durchreise“ nach Portugal dürfte eher der Abwiegung gedient haben, was angesichts des französischen Widerstands wohl ratsam war.

Mit Unterstützung von engagierten Helfern gelangen Fluchten, vorwiegend in die Schweiz. Auch Auswanderung war möglich – freilich bürokratisch erschwert und für die meisten Abgeschobenen unerreichbar. Als Eichmanns Judenbeauftragter in Frankreich, Theodor Dannecker, 1942 mit den Deportationen in die Vernichtungs-

lager des Ostens begann, drängte er auch auf die Auslieferung der badischen und saarpfälzischen Überlebenden. Hier ließ sich die Vichy-Regierung nicht zweimal bitten und ihre Gendarmerie, bereitwillig dabei mitwirken, während sie die Auslieferung der französischen Juden hartnäckig verweigerte bzw. sabotierte. Für die 2.653 staatenlos gewordenen südwestdeutschen Juden, denen eine Ausreise nicht möglich gewesen war und die nun nach dem Osten in den sicheren Tod geschickt wurden, gab es kein Entrinnen.